

VOR
GOTT

VERANTWORTUNG

VOR DEN
MENSCHEN



ZEITSCHRIFT DES DIETRICH-BONHOEFFER-VEREIN

Heft 3+4/Februar 1988

AUS ^{*}EINEM GOTTESDIENS

VOR DER
UMWELT

Heft 3+4/1988

I. Christus und die Guten

Aus: Dietrich Bonhoeffer, Ethik,
München, 4.Aufl. 1958, S.162ff.

"Selig sind, die um Gerechtigkeit willen verfolgt werden; denn das Himmelreich ist ihr" (Mat. 5,10). Nicht von der Gerechtigkeit Gottes, also nicht von der Verfolgung um Jesu Christi willen ist hier die Rede, sondern seliggepriesen werden die um einer gerechten - und wir dürfen nun hinzufügen: einer wahren, guten, menschlichen - Sache willen Verfolgten (vgl. 1. Petr. 3, 14 und 2, 20). Die falsche Ängstlichkeit jener Christen, die jedem Leiden um einer gerechten, guten, wahren Sache willen ausweichen, weil sie angeblich nur bei einem Leiden um des ausdrücklichen Christusbekenntnisses willen ein gutes Gewissen haben könnten, jene Engherzigkeit also, die jedes Leiden um einer gerechten Sache willen verdächtigt und von ihm abrückt, wird durch diese Seligsprechung Jesu kräftig ins Unrecht gesetzt. Jesus nimmt sich derer an, die um einer gerechten Sache willen leiden, auch wenn es nicht gerade das Bekenntnis seines Namens ist, er nimmt sie in seinen Schutz, in seine Verantwortung, in seinen Anspruch hinein. So wird der

um einer gerechten Sache willen Verfolgte zu Christus geführt, so geschieht es, daß sich ein solcher in der Stunde des Leidens und der Verantwortung - vielleicht zum ersten Mal in seinem Leben, ihm selbst fremd und überraschend, aber doch in innerster Notwendigkeit - auf Christus beruft und sich als Christ bekennt, weil ihm seine Zugehörigkeit zu Christus erst in diesem Augenblick aufgeht. Auch dies ist nicht Konstruktion, sondern Erfahrung, die wir gemacht, in der die Macht Jesu Christi über Bereiche des Lebens offenbar wurde, in denen sie bisher unbekannt geblieben war.

In festgefühten Zeiten, in denen das Gesetz regiert und der Übertreter des Gesetzes der Ächtung und Verstoßung verfällt, sind es die Gestalten des Zöllners und der Dirne, an denen das Evangelium

Jesu Christi sich den Menschen deutlich macht.

"Die Zöllner und die Dirnen mögen wohl eher ins Himmelreich kommen denn ihr" (Mat. 21,31).

Aus den Fugen gegangenen Zeiten, in denen Gesetzlosigkeit und Bosheit selbtherrlich triumphieren, wird sich das Evangelium eher an den Ge-

Fortsetzung auf Seite 36

Die Zeitschrift "Verantwortung" wird vom Dietrich-Bonhoeffer-Verein e.V. herausgegeben. Sie dient der Auseinandersetzung mit Themen aus den Bereichen Bundeswehr, Kirche und Gesellschaft. Leserbriefe, Artikel und Anzeigen werden von der Redaktion entgegengenommen.

Annahmeschluß für Heft 5:

15. August 1988.

Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Herausgeber: Dietrich-Bonhoeffer-Verein zur Förderung christlicher Verantwortung in Bundeswehr, Kirche und Gesellschaft e.V.

Redaktion: Karl-Heinz Bippus,
Anton Hirner,
Josef Herget,
Karl Martin,
Klaus Petry,
Bernhard Rocksloh.

Wir suchen weitere Mitarbeiter für die Redaktionsarbeit. Interessenten wenden sich bitte an die Kontaktadresse.

Kontaktadresse: Dr. Karl Martin
Am Heienberg 4
6200 Wiesbaden-Sonnenb.
Tel.: 06121/542179

Bestellungen: Abonnement-Bestellungen sind schriftlich an die Kontaktadresse zu richten. Die jährliche Abonnement-Gebühr beträgt DM 8.- (incl. Porto):
1 Exemplar DM 5.--. Ab 5 Exemplaren pro Stück DM 4.--. Ab 10 Exemplaren pro Stück DM 3.--.
Zivile Studenten, Wehrpflichtige, Zivildienstleistende, Arbeitslose, Auszubildende und Schüler haben bei Bestellungen (Abo- und Einzelbestellungen) lediglich die anfallenden Portokosten zu zahlen. Mitglieder des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins e.V. erhalten die Zeitschrift kostenlos.

Formular für die Abo-Bestellung siehe die Beilage

Bankverbindung:

Postscheckamt Hannover
(BLZ 250 100 30) Kto.Nr. 161001-306
Dietrich-Bonhoeffer-Verein e.V.
z.Hd.
Bernhard Rocksloh, Kassenwart
Bergfried 1
8390 Passau

Der Verein ist als gemeinnützig vom Finanzamt München für Körperschaften mit Schreiben v. 13.8.86 anerkannt. St.Nr. 845/43004

Vorstand des

Dietrich-Bonhoeffer-Vereins e.V.

1. Vorsitzender, zugleich
Beauftragter für Publikationen

Dr. Karl Martin p 06121/542179

Stellv. Vorsitzender

Carl-A. Fechner d 08151/3007
p 07462/1816

Kassenwart

Bernhard Rocksloh p 0851/51137

Schriftführer

Uwe Kranz p 06203/2586

Beisitzer

Jürgen Geisler d 02678/212
App.2427

p 02676/653

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Doppelheft 3+4 stellen wir den Erscheinungsrhythmus der Zeitschrift "Verantwortung" vor. In Zukunft erscheint die Zeitschrift in der Regel zweimal im Jahr, einmal in der Zeit Febr.-April und ein zweites Mal in der Zeit August-Oktober. Danken möchten wir für alle bisherige Mitarbeit. Rosmarie Daser-Martin hat beim Tippen und Zusammenstellen der Zeitschrift vielfältige Hilfe geleistet. Wir freuen uns über alle Beiträge, die Sie uns zuschicken.

Die Redaktion

Beilage: Der "Verantwortung" Nr.3+4 liegt bei ein Exemplar der Nachbestell-Aktion des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins.

Statt eines Leitartikels	Aus einem Gottesdienst	
	I. Christus und die Guten - Aus: Dietrich Bonhoeffer, Ethik	1
	II. Auch die Guten bedürfen der Gnade - Aus: Epheserbrief 2, 4-10	38
	III. Vom Nein-Sager zum Ja-Sager - Predigt	38
Leserbriefe	4
Dietrich Bonhoeffer	Das Werk Dietrich Bonhoeffers	6
	Dietrich-Bonhoeffer-Gedenkstätte in Berlin eröffnet	6
Militärseel- sorge	Bericht über das Herbstseminar '87	7
	Positionspapier zum Thema Militärseelsorge	8
	Bericht über ein Gespräch mit dem Evang. Militärbischof	20
Bundeswehr	Erklärung evangelischer Soldaten, die Christen sein und Glieder ihrer Kirche bleiben wollen	21
	Wir Soldaten sind Christen - Wir Christen sind Soldaten	22
	Verweigerung als deutlicheres Zeugnis? - Zur ethischen Legitimation des Waffendienstes in der Bundeswehr heute	23
Gesellschaft	Tiefflüge aus der Sicht einer Mutter	30
	Vom glücklichen Sklaven - Beschreibung einer Figur aus fernen Ländern und Zeiten	33
Gedicht	40
Ehrenmitglied- schaft	von Kirchenrat Hermann Wagner, Militärdekan a.D.	41
Personalien	42
Termine	des "konziliaren Prozesses"	43
	des Dietrich-Bonhoeffer-Verein	43
Einladung	zum Jahrestreffen '88 des Dietrich- Bonhoeffer-Verein am 17. und 18. Juni 1988 in Wiesbaden-Sonnenberg	44

Folgende Lesezeichen werden in der Zeitschrift verwandt:

┌ = Beginn eines Artikels;

■ = Ende eines Artikels



Leserbriefe



Leserbrief

zur Rede auf dem Mutlanger
Bußtag '86

"Was erwarten Soldaten im Ge-
wissenskonflikt von ihrer Kirche?"

von Carl-A. Fechner

in: Verantwortung Nr. 2, S. 16 ff.

Die Lektüre der für mich nicht leicht verständlichen, mit Schlagworten und Zitaten angereicherten Ausführungen des Verfassers führte mich zu der Frage: Wie kann ein langjähriger Berufssoldat und dazu noch als Truppenführer so wirklichkeitsfremde Gedanken äußern? Gewiß ist eine ausführliche Stellungnahme zu diesem Artikel noch zu erwarten. Ich darf mich daher hier auf einige Hinweise beschränken.

Es ist billig, nachträglich christlichen Soldaten und Offizieren ein mangelndes Unrechtsbewußtsein als Schuld vorzuwerfen. In der Reichswehr wie später in der Wehrmacht hatten die Soldaten keinerlei Wahlrecht. In der Weimarer Republik wurde von ihnen erwartet, daß sie den Willen der gewählten Volksvertreter schweigend anerkennen. Dazu kam, daß es geradezu beschämend war, mit welchen Lücken die eigene Berufsausbildung erfolgte (Versailler Vertrag!) So wurden s.Zt. bei der Gefechtsausbildung Panzer durch Fahrräder mit Papp-Aufsätzen, die Luftwaffe nur durch "Annahme" dargestellt (während z.B. die Schweiz bereits 1929 über eine eindrucksvolle Luftwaffe verfügte).

Weiterhin - welcher Soldat konnte damals eine Vorstellung davon haben, was eine Diktatur ist und wozu sie fähig ist! Dies wurde weithin den in der Front eingesetzten Soldaten erst nach dem Krieg bekannt, zumal an der Front die Sorge für die anvertraute Einheit und damit auch für das eigene Leben beherrschend war, wozu noch die Sorge um die in der Heimat so gefährdete Familie trat. Für jeden von uns Bundesbürgern und besonders doch für unsere Soldaten gehört doch

wohl als Voraussetzung für derartige Überlegungen zunächst einmal ein grenzenloser Dank. 42 Jahre lang dürfen wir uns hier in nahezu friedensähnlichen Verhältnissen unseres Lebens erfreuen und dies im Bereich einer freiheitlich geprägten Demokratie. Über 150 Kriege wurden in dieser Zeit in aller Welt geführt - wieviel Leid ist da über die betroffene Bevölkerung gekommen!

Es ist wohl für uns alle mehr als bedauerlich, daß der für uns so dankenswerte Zustand nur im Schutz der Nato und im Zeichen der allseits berechtigten Angst vor dem Einsatz von Atombomben gesichert werden konnte. Hier darf ich erwähnen, daß ich zu keiner Zeit in unserem Land - weder während noch zwischen noch nach beiden Weltkriegen irgend eine Spur von Haß gegen das russische Volk wahrgenommen habe. Wohl aber haben wir alle erfahren, wozu auch im Osten eine Diktatur fähig war und wie unberechenbar sie bis zum heutigen Tag geblieben ist.

Es sollte uns allen doch wohl gegenwärtig sein, daß die UdSSR - im Gegensatz zu den Amerikanern - nach 1945 die Allgemeine Wehrpflicht beibehalten hat, daß sie sich Ostpolen, die baltischen Staaten und Ostpreußen einverleibt hat, daß sie in Ungarn und in der CSSR einmarschiert ist, daß heute 30 russ. Divisionen an der Grenze zu Westeuropa stehen, daß nun schon seit 7 Jahren in Afghanistan ein mörderischer Krieg tobt (lt. Presseangaben: Zahl der Toten und Verletzten 1 Million Menschen, ca. 100 000 Hinrichtungen, über 3 Millionen Flüchtlinge in Pakistan), daß es eine "Mauer mit Schießbefehl" gibt als ein unübersehbares Zeichen für die Verhinderung eines freien Reiseverkehrs zw. Ost und West und umgekehrt. So bedauerlich es auch ist: die geschmähte sogen. "Politik der Stärke" hat uns bis heute vor unliebsamen Überraschungen bewahrt.



Leserbriefe



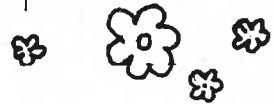
Es mag bedauerlich sein, ist aber nicht mehr rückgängig zu machen, daß wir im Laufe der letzten 100 Jahre zu einer Industrienation geworden sind. Das hat uns immerhin eingebracht, daß wir einen einzigartig hohen Lebensstandard haben und die statistische Lebenserwartung bei uns heute so groß ist wie sonst nirgendwo in der Welt und noch nie zuvor. Gewiß sind wir - für alle erkennbar - nun an Grenzen gestoßen. Wer aber will bezweifeln, daß dies die meisten Politiker klar erkennen und sich aus christlichem Verantwortungsbewußtsein heraus bemühen, den Gegebenheiten entsprechend in den Bereichen der Ökonomie und der Dekologie neue Wege zu beschreiten? Dazu ist aber wohl für uns alle eine bewußte Selbstbeschränkung, verbunden mit der nötigen Geduld, unumgänglich.

In unserem demokratischen Rechtsstaat stehen jedem Einzelnen genug Wege offen, um seine Gedanken und Vorschläge, seine Kritik und seine Erwartungen öffentlich darzulegen. Dafür haben wir Parteien der verschiedensten Art, wir haben eine freiheitliche Presse und ein öffentliches Fernsehen, Gewerkschaften, Berufsverbände, Vereine und Vereinigungen aller Art. Ist es da wirklich nötig, an christlichen Feiertagen zu maschieren, sich auf die Straße zu legen, dabei andersdenkende an ihren Vorhaben zu hindern, die Polizei in Atem zu halten usw.? Wie kann man ein Zitat von D. Bonhoeffer aus dem Jahre 1943 (Zeit der Diktatur!) "Verzicht auf Öffentlichkeit" einfach auf unsere Gegenwart übertragen? Dies gilt auch für die nachträgliche, daher billige Anhäufung von Schuld auf die s.Zt. "in der Wehrmacht dienenden christlichen Soldaten und Offiziere."

Aufgabe der bekennenden Kirche in unserem Land und in diesen Tagen kann es nicht sein, Menschen zu Demonstrationen verschiedenster Art auf die Straße zu rufen. Aufgabe einer bekennenden Kirche kann es doch wohl nur sein, nach

den Wegen zu suchen, auf denen in unserer Zeit Menschen am besten für das Wort Gottes erreichbar werden, und mit dessen Verkündigung ihre Glieder für den Alltag zu einem Leben in christlichem Verantwortungsbewußtsein zu ermutigen.

Hans-Wolfgang Keller,
Oberstleutnant a.D./Pfarrer i.R.
Am Gutleuthofhang 17,
6900 Heidelberg 1



Leserbrief

als kritischer Kommentar zur gesamten Ausgabe der Verantwortung Nr. 2

Lieber Kollege Martin, nachdem Sie mir geschrieben haben, unter welchen Mühen Sie die Zeitschrift "Verantwortung" zustande bringen müssen, wage ich kaum mehr eine Kritik, zumal ich von der Schriftleitung der Jungen Kirche her weiß, wie mühsam solche Arbeit ist. Was ich mir stärker betont wünsche, nicht nur als Resolutionsforderung, ist der aktuelle Zusammenhang von Bonhoeffers Konzilsforderung 1934 und der Konzilsvorbereitung 1988 für 1990/91; und zwar konkret auf Soldaten und Militärseelsorge bezogen: Hat der konziliare Prozeß die Militärseelsorge und christliche Soldaten in der Bundeswehr erreicht? Wie erleben und sehen Soldaten und ihre Pfarrer den Zusammenhang der drei Konzilsthemen Gerechtigkeit - Frieden - Bewahrung der Schöpfung? Wie reagiert die Bundeswehr auf den Schwenk des früheren Ober-Antikommunisten F.J. Strauß, daß es keine Bedrohung aus dem Osten mehr gäbe?

Mein weiterer Wunsch - der sehr schwer zu erfüllen ist - : mehr Beiträge aus der Bundeswehr. Pfarrer i.R. Hermann Schäufele 15 Jahre Beauftragter der Evang. Landeskirche in Württemberg für Kriegsdienstverweigerer und Zivildienstleistende Hainbuchenweg 28 7000 Stuttgart 70

Das Werk

Dietrich Bonhoeffer (DBW)
in 16 Bänden

Herausgegeben von
Eberhard Bethge, Ernst Feil,
Christian Gremmels, Wolfgang Huber,
Hans Pfeifer, Albrecht Schönherr,
Heinz Eduard Tödt

Chr. Kaiser Verlag München
1986 ff.

Schon länger fertiggestellt sind:

Band 1
Sanctorum Communio
Herausgegeben von
Joachim von Soosten
unter Mitarbeit
von Wolfgang Huber

Band 9
Jugend und Studium
1918-1927
Herausgegeben von
Hans Pfeifer unter Mitarbeit
von Clifford Green
und Carl-Jürgen Kaltenborn

Neu erschienen ist:

Band 5
Gemeinsames Leben
Gebetbuch der Bibel
Herausgegeben von
Gerhard L. Müller/
Albrecht Schönherr

In „Gemeinsames Leben“ schreibt Bonhoeffer aus den Erfahrungen des von ihm geleiteten Predigerseminars und Bruderhauses in Finkenwalde heraus auf, was er über das Leben einer christlichen Gemeinschaft zu sagen hat.

Beigefügt ist dieser kommentierten Neuauflage von „Gemeinsames Leben“ die letzte von Bonhoeffer selbst veröffentlichte Arbeit, seine 1940 erschienene Einführung in die Psalmen mit dem Titel „Das Gebetbuch der Bibel“.

Ergänzend
zum DBW:

Nachlaß
Dietrich Bonhoeffer
Ein Verzeichnis
Archiv-
Sammlung-
Bibliothek
Erstellt von
Dietrich Meyer
in Zusammen-
arbeit mit
Eberhard Bethge

Chr. Kaiser
Verlag
München
1987

Dietrich Bonhoeffer

Eberhard Bethge/Renate Bethge/Christian Gremmels



Eberhard Bethge / Renate Bethge /
Christian Gremmels
Dietrich Bonhoeffer
Bilder aus seinem Leben.
Redaktion Ulrich Kabitz. 240 Seiten.
525 Abb. Format 21 x 27 cm.
Engl. Broschur DM 48,-.
ISBN 3-459-01613-2

Dietrich-Bonhoeffer-Gedenkstätte
in Berlin eröffnet

Eine nach Dietrich Bonhoeffer benannte Gedenk- und Begegnungsstätte ist am 1. Juni 1987 in Berlin eröffnet worden. Die Gedenkstätte befindet sich in dem Haus Marienberger Allee 43, das die Familie Bonhoeffer 1935 bezog. In diesem Haus wurde der Theologe Bonhoeffer 1943 verhaftet. Nach dem Krieg beherbergte dieses Haus vorübergehend ein Studentenwohnheim. Die Errichtung der Gedenkstätte wurde finanziell von den evangelischen Landeskirchen mit Hilfe der Deutschen Klassenlotterie ermöglicht. Zu den Initiatoren des Hauses gehörte der Bonhoeffer-Biograph Eberhard Bethge. Der Westberliner Bischof und Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Martin Kruse, bekannte, daß die evangelische Kirche viele Jahre hindurch kaum erkannt habe, welche Geschichte sich mit diesem Haus verbinde. Hier hätten Christen gelebt, die mit ihrem Christsein ernst gemacht hätten. Die Ost-Berliner Humboldt-Universität ließ durch den Direktor ihrer Theologischen Sektion, Professor Heinrich Fink, Fotokopien von akademischen Dokumenten des Lizentiaten Bonhoeffer überreichen. In der Gedenkstätte werden auch neun Bildtafeln über das Leben Bonhoeffers gezeigt. (agg 02.06.87)

HERBST



SEMINAR 87

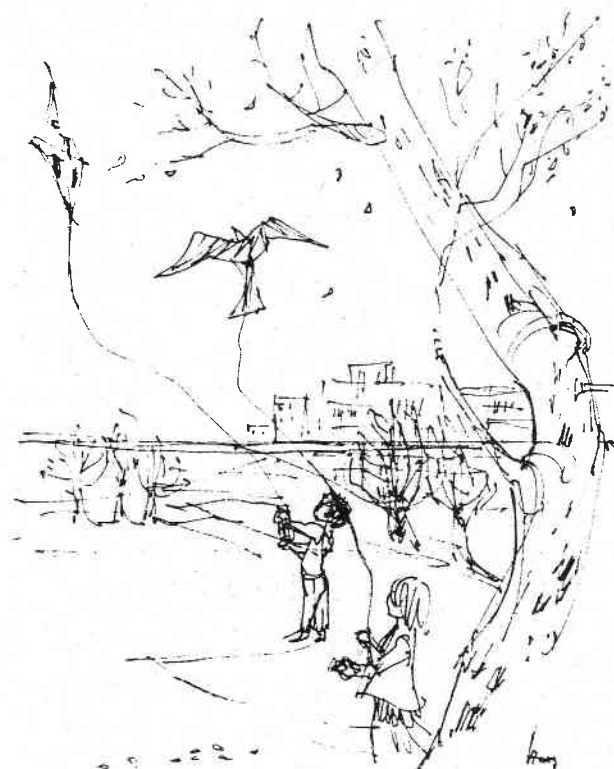
Anlässlich des 30-jährigen Bestehens des Militärseelsorgevertrages fand am Samstag, den 7. November 1987, ein Treffen in Wiesbaden-Sonnenberg statt. Zu dem Treffen waren alle Interessierten eingeladen, denen an einer kritischen Bestandsaufnahme der Evang. Militärseelsorge gelegen ist. Veranstalter war der Dietrich-Bonhoeffer-Verein. Das Treffen wurde vorbereitet von Dr. Martin Breidert, Pfarrer in 6301 Staufenberg 1 (Mitglied der Kirchensynode der Evang. Kirche in Hessen und Nassau (EKHN)); Dr. Matthias von Kriegstein, Pfarrer in 6000 Frankfurt/Main 56 (Mitglied der Kirchensynode der EKHN); Dr. Karl Martin, Pfarrer in Wiesbaden-Sonnenberg (ehemaliger Militärfarrer, Mitglied des Dietrich-Bonhoeffer-Verein).

An dem Herbstseminar '87 des Dietrich-Bonhoeffer-Verein nahmen teil:

Jörg Novak, Marburg
Beppler, Frankfurt
Joachim Schuh, Marburg
C. Schulze, Marburg
H. Esders, Marburg
S. Winterberg, Wiesbaden
W. Sixt, Mainz
E. Mittelmann, Wiesbaden
Klaus Petry, 6837 St. Leon-Rot

Jürgen Geisler, Ulmen/Eifel
Rosmarie Daser, Wiesbaden-Sonnenberg
Uwe Kranz, 6803 Edingen-Neckarshausen 2
Martin Breidert, 6301 Staufenberg 1
Bernhard Rockslöh, 8390 Passau
Matthias von Kriegstein, 6000 Frankfurt 56
Walter Opper, Wiesbaden-Sonnenberg
Karl Martin, Wiesbaden-Sonnenberg

Das Treffen am 7. November 1987 war nur als Anfang gedacht. Am Samstag, den 30. Januar 1988, soll ein Folgetreffen stattfinden. Der Kreis der Gesprächsteilnehmer soll weiter gezogen werden. Ziel des Folgetreffens ist es, die nächsten Schritte abzuklären (Einringen des Themas Militärseelsorge in die Landessynode der EKHN; Vorbereitung einer Tagung zum Thema Militärseelsorge in der Evang. Akademie Arnoldshain oder in einer anderen Tagungsstätte). Über die Ergebnisse des Folgetreffens wird in Verantwortung Nr. 5 berichtet.



Positionspapier zum Thema Militärseelsorge

vorgelegt auf dem Herbstseminar '87 des Dietrich-Bonhoeffer-Verein zur Förderung christlicher Verantwortung in Bundeswehr, Kirche und Gesellschaft e.V. am 7.11.1987 in Wiesbaden-Sonnenberg

Des Positionspapiers erste Seite

Der Dietrich-Bonhoeffer-Verein (DBV) hat auf seiner Mitgliederversammlung am 2.5.1987 in Wiesbaden-Sonnenberg folgende Resolution zum Thema Militärseelsorge verabschiedet:

"Vor 30 Jahren wurde der Dienst der Kirche unter den Soldaten durch Militärseelsorgevertrag und Kirchengesetz geordnet. Einerseits hält der Dietrich-Bonhoeffer-Verein diesen Dienst der Kirche für dringend notwendig. Andererseits bedarf dieser in 30 Jahren praktizierte Dienst einer Überprüfung unter dem Gesichtspunkt theologischer und friedensethischer Einsichten. Entscheidendes Kriterium dieser Überprüfung muß sein die Freiheit des Evangeliums für die Verkündigung und für das gemeindliche Leben der Soldaten einschl. gemindlicher Mitverantwortung. Soweit sich dabei eine Änderung zum Militärseelsorgevertrag und Kirchengesetz erforderlich erweist, sollen dafür Vorschläge erarbeitet werden."

Bewußt setzt diese Resolution nicht bei der Forderung ein, den Militärseelsorgevertrag aus dem Jahre 1957 zu kündigen. Die Kündigung haben gefordert die Solidarische Kirche Rheinland und andere Gruppen (siehe Frankfurter Rundschau vom 24.2.87). Ebenso hat die Kündigung gefordert die Studentische Jahrestagung der Theologiestudenten/innen der Evang. Kirche in Hessen und Nassau (siehe die Erklärung der Studentischen Jahrestagung in: Verantwortung Nr.2, Seite 20 f.; weiter den Artikel "30 Jahre Militärseelsorge - kein Grund zum Feiern" in: Neue Stimme 4/1987, Seite 24 ff.). Eine Kündigung des Militärseelsorgevertrages ist bisher nicht hinreichend durch eine öffentliche Diskussion vorbereitet. Außerdem

besteht die Gefahr, daß eine Kündigung seitens der Kirche mißverstanden würde, als sei der Kirche ihr Dienst unter den Soldaten nicht mehr wichtig. Umgekehrt muß der Kirche alles darangelegen sein, daß sich die Soldaten von ihr gesucht und ernstgenommen fühlen. In die konziliaren Prozesse auf dem Weg zu mehr Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung müssen die Soldaten unbedingt integriert bleiben und in Zukunft noch stärker integriert werden.

Es gibt eine begründete Auffassung, wenn jemand den Militärseelsorgevertrag kündigt, solle es die Bundeswehr tun. Leichter sollte es eigentlich sein, die Militärseelsorger zu Kirchenhandelnden zu machen, die ohne Pardon gegen Staatsinteressen ausschließlich kirchliche Interessen und Interessen des Seelenheils der Gemeindemitglieder wahrnehmen. Nicht die Kirche muß in eine Position zur Kündigung des Militärseelsorgevertrages kommen, sondern der Staat sollte in die Verlegenheit kommen, sich die, welche nicht das Lied dessen singen, dessen Brot sie essen, sondern unbekümmert das Lied des Herrn singen, vom Halse schaffen zu müssen. Mit der Amtskirche als Gegenmacht zum Staat im Rücken läßt sich mehr zum Besseren hinbewegen, als in vereinzelt, sektenhaften isolierten Weltverbesserungsgrüppchen. So etwa läßt sich eine Auffassung beschreiben, die bei jenen Soldaten vorhanden ist, die von ihrer Kirche Unterstützung für kritische Positionen und Veränderungsansätze erhoffen.

Der Resolution des DBV geht es um eine Überprüfung der konkreten Wirklichkeit gegenwärtiger Militärseelsorge. Konkrete Erfahrungen müssen aufgegriffen und diskutiert werden. Defizite in der inhaltlichen Arbeit auf Kosten der Soldaten, die mit Recht eine Unterstützung und Solidarität von ihrer Kirche erwarten können, müssen genannt werden. Nicht die isolierte, rechtlich geplante, sondern die faktisch stattfindende Wirklichkeit von Militärseelsorge muß Gegenstand der Diskussion sein. Die Probleme gegenwärtiger Militärseelsorge

werden erst dann hinreichend deutlich, wenn sogenannte Insider konkrete Geschehensabläufe, Vorkommnisse und Erfahrungen in das Gespräch einbringen. Nicht die Erzeugung von Außerkritik - so notwendig sie bleibt -, sondern die Beteiligung sowohl von aktiven und ehemaligen Militärpfarrern als auch von aktiven und ehemaligen Soldaten an dem Gesprächsprozeß wird zu einem Schlüssel für dessen Gelingen. Der DBV sieht es als eine wichtige Aufgabe und Chance für sich an, Auseinandersetzungen über die Institutionsgrenzen der Bundeswehr hinweg anzuregen und zu organisieren.

Im Folgenden liste ich Punkte auf, die auf die kritische Situation der gegenwärtigen Praxis der Militärseelsorge hinweisen und zeigen sollen, in welche Richtung ich mir eine Veränderung des Dienstes der Kirche unter den Soldaten vorstelle. Es handelt sich bei diesen Punkten nicht um eine Position des DBV oder seines Vorstandes, sondern lediglich um meine persönliche Meinung. Welche Konsequenzen sich aus diesen Punkten ergäben, ob die angestrebten Veränderungen lediglich eine Novellierung des Militärseelsorgevertrages zur Folge hätten, möchte ich im Augenblick bewußt offen lassen. Die Diskussion wird es an den Tag bringen. Zuerst benötigen wir einen möglichst breiten innerkirchlichen Konsens zum Thema Militärseelsorge. Neue Vertragsverhandlungen mit dem Staat brauchen uns im Augenblick keine Sorge zu machen. Sie werden sich am Ende jenes Diskussionsprozesses wie von selbst als notwendig erweisen, zu dessen Anstoß die folgenden Punkte einen Beitrag leisten möchten.

1. Änderung des Namens "Militärseelsorge" (MS). Alternativen könnten sein "Dienst der Kirche unter den Soldaten" oder "Soldatenseelsorge". Sicher gibt es weitere Namensvorschläge. Die Seelsorge der Kirche gilt nicht der Institution Militär und deren Legitimierung, sondern den Menschen und der Berufsgruppe der Soldaten. Dieses Ver-

ständnis des kirchlichen Dienstes muß schon im Namen seinen Ausdruck finden. Aus der Änderung des Namens "Militärseelsorge" ergeben sich weitere Namensänderungen wie von selbst, z.B. eine Änderung der Amtsbezeichnung "Militärbischof".

Des Positions papiers zweite Seite

2. Abschaffung des Eides für Militärpfarrer. Umwandlung des Beamtenstatus für Militärpfarrer in einen Angestelltenstatus. Militärpfarrer bekommen zu Beginn ihres Dienstes in der MS einen unbefristeten Angestelltenvertrag, der dann durch ein Beamtenverhältnis nach wenigen Monaten abgelöst wird. Mein Vorschlag zielt darauf ab, lediglich auf die Begründung des Beamtenstatus zu verzichten und auf diese Weise den ursprünglichen Angestelltenvertrag fortzuwirken zu lassen. Die Abschaffung des Eides für Militärpfarrer ist notwendig, weil eine staatliche Eidesverpflichtung mit dem kirchlichen Amts- und Auftragsverhältnis unvereinbar ist. Die Beachtung staatlicher Gesetze gehört nicht zum Auftragsverständnis eines geistlichen Amtes. "Der Pfarrer hat sich in rechtem Gehorsam gegen sein Ordinationsgelübde und in rechter Bindung an Bekenntnis und Ordnung seiner Gemeinde und Kirche allein durch Gottes Wort leiten zu lassen. Er darf sich zu nichts verleiten oder zwingen lassen, was seinem Ordinationsgelübde widerspricht" (Ordnung der Ev. Kirche in Hessen und Nassau, Artikel 15). Der Angestelltenstatus würde den Militärpfarrern all jenen gleichstellen, denen der Staat wegen der Unzuverlässigkeit ihrer Meinung einen Beamtenstatus verweigert. Die Kirche würde sich auf den Weg zur Solidarität mit denen begeben, deren Gesinnung angezweifelt und denen deswegen ein Beamtenstatus verweigert, lediglich ein Angestelltenverhältnis zugebilligt wird.

3. Verzicht auf den Gebrauch des Bundesadlers und anderer Hoheitszeichen der Bundesrepublik Deutschland (Dienststellenbeschilderung, Dienstsiegel, Autokennzeichen, Markierung des Schutzanzuges). Weder ist es Sinn der Militärseelsorge, im Auftrag des Staates zu arbeiten, noch kann der Staat die Arbeit der Militärseelsorge begrenzen oder normieren. Es muß zu schwerwiegenden Mißverständnissen führen, wenn die Amtsräume der Pfarrer als Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland gekennzeichnet sind. "Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne sich die Kirche über ihren besonderen Auftrag hinaus staatliche Art, staatliche Aufgaben und staatliche Würde aneignen und damit selbst zu einem Organ des Staates werden" (Barmer Theologische Erklärung, Satz 5). Die Hoheitszeichen der Militärseelsorge müssen - sofern es überhaupt besonderer Hoheitszeichen für die Militärseelsorge bedarf - sich aus dem christlichen Glauben ergeben und die Herrschaft Christi bezeugen.

Des Positionspapiers dritte Seite

4. Außer Kraftsetzen der ZDv 66/1 Militärseelsorge und der anderen militärischen Dienstvorschriften sofern sie die Aufgaben der Militärggeistlichen und der Militärseelsorge betreffen. Ziele, Aufgaben und Inhalte der Militärseelsorge sind lediglich eine Frage des kirchlichen Selbstverständnisses und der kirchlichen Selbstdefinition. Zu den militärischen Dienstvorschriften, die außer Kraft gesetzt werden müssen, gehören u.a. die folgenden zwei Vorschriften.

4.1. In der ZDv 66/1 B IV 13 heißt es: "Die Militärggeistlichen werden militärischen Dienststellen (Zuordnungsdienststellen) zur Zusammenarbeit zugeordnet." Die normale menschliche Rücksichtnahme und Zusammenarbeit wird mit dieser Vorschrift in eine fesselnde Norm umgewandelt. Nicht nur

werden fragwürdige Erwartungen auf seiten der militärischen Vorgesetzten an den Militärpfarrer erzeugt. Umgekehrt achtet auch die Leitung der Militärseelsorge darauf, daß sich ihre Pfarrer in ausreichendem Maß in den Zwang zur Zusammenarbeit einpassen. Ein Seleg für diese Einstellung der Leitung der Militärseelsorge ist ein Brief des ehemaligen Militärbischofs Lehming vom 13.6.1984. In dem Brief wird der Antrag eines Militärpfarrers auf Verlängerung seines Dienstes in der Militärseelsorge abgelehnt. Begründet wird diese ablehnende Entscheidung u.a. damit, daß der Militärpfarrer die Vertrauenssituation zu einer Zuordnungsdienststelle belastet habe. Ob diese Belastungsmomente im inhaltlichen Bereich liegen können, ob die Belastung dadurch ausgelöst wurde, daß die militärischen Dienststellen die Eigenverantwortlichkeit des kirchlichen Amtes nicht ausreichend respektiert haben, wird in dem Schreiben des ehemaligen Militärbischofs erst gar nicht in Erwägung gezogen. Die zitierte Vorschrift aus der ZDv 66/1 erweckt den irrigen Eindruck, als könne und dürfe das Wohlwollen militärischer Dienststellen konstitutiv für die Arbeit eines Militärpfarrers sein. Militärseelsorge darf nicht so organisiert sein, daß sie nur mit dem Wohlwollen der militärischen Seite stattfinden kann und ohne dieses Wohlwollen keine organisatorische Basis mehr hat. Staat und Kirche sind im Bereich der Militärseelsorge zwar aufeinander ~~zu~~ gewiesen, aber nicht auf einander angewiesen oder gar von einander abhängig.

4.2. In der ZDv 66/1 C V 28 heißt es: "Gottesdienste, Andachten oder kirchliche Unterweisungen aus Anlaß militärischer Feiern (z.B. Vereidigung, feierliche Gelöbnisse, Gedenktage) finden vor oder nach der militärischen Feier getrennt von dieser statt! Das Abhalten von Gottesdiensten aus Anlaß von Vereidigungen und

feierlichen Gelöbnissen sollte der Militärseelsorge spätestens seit dem "Immendinger Truppengelöbnis" unmöglich sein. Der Text für ein Truppengelöbnis lautet: "Wir geloben, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen." Die Rekruten in Immendingen hatten einen Zusatz formuliert: "Aufgrund unserer persönlichen Gewissensentscheidung sehen wir uns an dieses Gelöbnis nur gebunden, wenn die BRD und ihre Verbündeten keine Atom,- biologischen sowie chemischen Waffen einsetzen" (Jo Krummacher Unkonventionelles Ja zur konventionellen Verteidigung, Das Immendinger Truppengelöbnis in: Junge Kirche Heft 4 1986; Seite 224 ff.). In dem sich anschließenden Rechtsverfahren wurde endgültig festgestellt, daß die Einschränkung der Bindewirkung eines Gelöbnisses nicht zulässig ist. "Soldaten der Bundeswehr dürfen ihr Gelöbnis nicht einschränken. Der 2. Wehrdienstsenat des Bundesverwaltungsgerichtes in Berlin entschied in einem Urteil, Soldaten dürfen ihre Pflicht zum treuen Dienen nicht mit der Bedingung verknüpfen, daß keine atomaren, biologischen und chemischen Waffen eingesetzt werden. Eine solche Beschränkung wäre eine Pflichtwidrigkeit und ein Dienstvergehen" (Bw-Aktuell vom 16.4.1987). Während die Kirche den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln ablehnt, fordert der Staat im Gelöbnis die Bereitschaft zum Einsatz. Er fordert damit die Bereitschaft zu einem Verhalten, das von der Kirche für unter keinen Umständen vertretbar angesehen wird. Die Beteiligung an dem Gelöbnis des Staates käme für mich nur dann infrage, wenn das Gelöbnis einen ethisch in sich schlüssigen Inhalt hat und im Rahmen des Gelöbnisgottesdienstes darauf hingewiesen werden soll, daß es neben und über der Verpflichtung dem Staat gegenüber eine letzte Verpflichtung Gott gegenüber gibt. Inhalt der

Verkündigung wäre dann, daß im Entscheidungskonfliktfall bei widerstrebenden Anforderungen dem Gehorsam gegen Gottes Gebot Vorrang einzuräumen ist. Eine solche Situation ist aber bei der gegenwärtigen Gelöbnisverpflichtung des Staates im Rahmen der Bundeswehr nicht mehr gegeben. Das Gelöbnis enthält im Ansatz unmoralische Verpflichtungselemente, die von der Kirche nicht legitimiert werden dürfen. Noch garnicht gesprochen ist damit von der Problematik, daß die Wehrpflichtigen aufgrund eines Zwangsmechanismus zur Bundeswehr eingezogen werden. Man beläßt es nicht bei diesem äußeren Zwangszugriff, sondern setzt ihn fort hin auf den inneren Freiheitsraum des Menschen in seinem Gewissen. Das Gelobend-und-schwörend-sich-Verpflichten auf etwas, das nur aus der inneren Freiheit kommend eine ethische Bindewirkung für den Menschen hat, soll selbst zu einem zur Pflicht gemachten Ritual umfunktioniert werden.

D
e
s

Positionspapier vierte Seite

5. Die gesamte Struktur der Militärseelsorge zielt darauf ab und wird nur von daher verständlich, daß die Militärseelsorge nicht nur in Friedenszeiten ihren Dienst tut, sondern auch in Kriegszeiten die Truppe begleiten wird. Es liegt auf der Hand, daß die Einpassung der Militärseelsorge in die Bundeswehr und ihre Abhängigkeit von ihr in Kriegszeiten noch weitaus stärker wären als gegenwärtig. Ein solches Verständnis von Militärseelsorge, das zwischen Friedenszeiten und Kriegszeiten für sich selbst nicht prinzipiell und strukturell unterscheidet, wird weder gegenwärtigen friedensethischen Einsichten noch der eingeschlossenen menschlichen Problematik gerecht. Friedensethisch gilt, daß die Bundeswehr ihre Existenzberechtigung nur aus dem Versuch ableiten kann, den Krieg zu verhindern. Der Beginn eines Krieges würde das Scheitern dieses Versuches signalisieren und damit das Ende bisheriger Begrün-

dungen. Eine völlig neue ethische Situation wäre gegeben, die eine neue prinzipielle Klärung der Frage erforderlich machen würde, ob die Militärseelsorge ihren Dienst auch während eines Krieges fortsetzen könnte. Nach unseren verfassungsrechtlichen Vorgaben in der Bundesrepublik Deutschland darf der Übergang vom Frieden zum Krieg nicht nur ein gleitender Prozeß sein, sondern muß verantwortet werden durch ausdrückliche politische Entscheidungen. Zu den Entscheidungen des Staates in der grundsätzlichen Problematik von Krieg und Frieden muß sich die Kirche in ihrer Meinungsbildung in ein Verhältnis setzen, damit sie die Konsequenzen für ihr eigenes Verhalten in der Militärseelsorge von den staatlichen Rahmenbedingungen her angemessen klären kann. Auf's Engste ist damit eine menschliche Problematik für jeden Einzelnen verknüpft. Jeder einzelne Soldat stünde bei Ausbruch eines Krieges vor der Frage, ob er die Beteiligung an den Kampfhandlungen mit seinen politischen Einsichten und mit seinem Gewissen vereinbaren könnte. Der Staat versucht zwar, diese Frage jetzt schon hinter sich zu bringen, indem er mit Eid und Gelöbnis Bereitschaft zur Beteiligung an Kampfhandlungen in jedem vom Staat gesetzten Fall abfragt und anfordert und damit persönliche Zweifel und Umorientierungen ausschalten möchte. Dennoch stehen Eid und Gelöbnis ethisch unter dem entscheidenden Vorbehalt einer nochmaligen situativen Überprüfung im Moment des Umkippen der Gesamtsituation vom Frieden in den Krieg. Das Gewissen wird nicht durch Eid und Gelöbnis gebunden, es steht darüber und begrenzt seinerseits Eid und Gelöbnis. Von einer solchen Auffassung des Menschen und seiner evangelischen Freiheit muß die Militärseelsorge Zeugnis ablegen. Die Militärseelsorge muß von dem umfassenden Recht des Soldaten zur Gewissensentscheidung sprechen. Dieses Recht wäre mit Beginn der Kriegssituation nicht nur nicht eingeschränkt oder gar ausgesetzt. Es käme

dann erst in seiner ganzen Tragweite zur Geltung und zur Bewährung. Ebenso muß jetzt schon die dienstrechtliche Situation eines Militärpfarrers bei Kriegsbeginn geklärt werden. Dazu gehört erstens der Kombattantenstatus des Militärpfarrers, zweitens die Möglichkeit seiner Dienstkündigung in der Militärseelsorge und seiner Rückberufung durch die Landeskirche. Jedem Militärpfarrer muß eingeräumt werden, bei Beginn oder während eines Krieges seinen Dienst in der Militärseelsorge ohne zeitliche Kündigungsfristen und ohne Begründungs- und Rechtfertigungszwänge niederzulegen. Motiv solcher Überlegungen ist nicht, die Soldaten in den letzten Krisen- und Konfliktsituationen zu verlassen und sich als Pfarrer ins Trockene zu flüchten. Es geht vielmehr darum, daß die Pfarrer und die ihnen anvertrauten Soldaten, die sich als Christen verstehen, in eine gleiche Situation gestellt bleiben, in der sie gemeinsam um die Gewissensfragen ringen werden und aus den eindeutigen, von der Heiligen Schrift angeleiteten Gewissensmahnungen Konsequenzen für ihr Verhalten ziehen können.



Des Positionspapiers
fünfte
Seite

6. Die Militärseelsorge ist gegenwärtig in Wehrbereiche gegliedert. Die Wehrbereiche sind die Organisationsform der territorialen Verteidigung. Diese Gliederung ist aufzugeben zugunsten einer Gliederung in Soldatenbereiche entsprechend den Territorien der Landeskirchen. So gäbe es dann einen "Soldatenbereich Hessen-Nassau", einen "Soldatenbereich Kurhessen-

Waldeck", eine "Soldatenbereich Bayern" usw. Die Gesamtkonferenzen der Militärseelsorge sind seltener abzuhalten oder ganz zu streichen. Es sollten regelmäßig "Bereichskonferenzen" aller Militärpfarrer in einem "Soldatenbereich" stattfinden (die Bereichskonferenzen würden die bisherigen Wehrbereichs-Pfarrkonvente ablösen). Die Landeskirchlichen Beauftragten für Militärseelsorge hätten selbstverständlich das Recht zur Teilnahme an den "Bereichskonferenzen", würden regelmäßig dazu eingeladen und nähmen nach Möglichkeit teil. Umgekehrt werden die Militärpfarrer zu den zivilen Pfarrkonventen eingeladen (was zum Teil schon heute geschieht). Hinter solchen Vorschlägen steht als Zielvorstellung die Militärseelsorge stärker als bisher in den Lebens- und Lernprozeß der Landeskirchen einzubinden.

Des Positionspapiers sechste Seite

7. In den gegenwärtigen Strukturen der Militärseelsorge trägt die Verantwortung für eine evangeliumsgemäße Ausrichtung des Dienstes zu sehr der einzelne Pfarrer. Ob er stark oder schwach ist, Eigenprofil entwickelt und durchhält oder sich anpaßt, ist entscheidend für die inhaltliche Prägung seiner Arbeit. Umso wichtiger ist, welche Pfarrer sich für den Dienst in der Militärseelsorge bereiterklären und welche Kriterien dabei ausschlaggebend sind. Viele Beobachter haben den Eindruck, daß die Pfarrer, die sich zum Dienst in der Militärseelsorge bereiterklären, schon eine Vorauswahl darstellen und dem Dienst von daher ein zu einseitiges Gepräge geben. Es ist eine selbstverständliche Forderung, daß in der Militärseelsorge jeder Pfarrer, der auf dem Boden seines Ordinationsgelübdes steht, zum Dienst geeignet sein muß. Diese Forderung wird zwar von allen Beteiligten faktisch bestätigt ist aber nicht reale Wirklichkeit. Alle bisherigen Punkte meines Situationspapiers verstehen sich als Schritte zur Verwirklichung

dieser Forderung. Weitere Vorschläge möchte ich hier anfügen: Die Stellen für Militärpfarrer werden in den Amtsblättern der Landeskirchen immer ausgeschrieben. Bewerbungen für diese Stellen laufen über die Landeskirchen. Von der Personalakte, die über einen Militärpfarrer im Evang. Kirchenamt für die Bundeswehr angelegt wird, ist eine vollständige Parallelakte in der Landeskirche des Militärpfarrers zu führen. Die Beendigung des Dienstverhältnisses eines Militärpfarrers bedarf einer neuen Regelung. Insbesondere darf die Entscheidung, ob der Dienstvertrag des Militärpfarrers nach Ablauf der vereinbarten Frist von sechs bis acht Jahren verlängert wird, nicht in das ausschließliche Ermessen der Militärseelsorge gestellt bleiben. Die Landeskirchen sind an dieser Entscheidung maßgeblich

zu beteiligen. Das "Aussortieren" mißliebiger Militärpfarrer, wie es in jüngster Zeit in einigen Fällen vorkam (Rodik, Oberschäfer, Gomolzig), muß erschwert werden.

8. Eine wichtige Forderung ist, daß die Dienst- und Gemeinderäume des Militärpfarrers frei zugänglich sein müssen. In den meisten Fällen sind gegenwärtig die Diensträume des Militärpfarrers auf dem Kasernengelände. Zum Betreten des Kasernengeländes bedarf es einer Genehmigung. Die Militärseelsorge ist eingeschlossen in diese Zwänge. Sie vollzieht in ihrer Struktur die Grenzziehung zwischen Soldaten und Zivilisten mit, statt ein Element der grenzüberschreitenden Verständigung zu sein. Jeder Mann muß die Möglichkeit haben, auch jeder, der nicht zur Kaserne oder zu dem jeweiligen Truppenteil gehört, den Militärpfarrer aufzusuchen. Daß schon jetzt der Kontakt zum Militärpfarrer in vielen Fällen gelingt, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß er in anderen, wichtigen Fällen verhindert ist. Bezugs- personen der Soldaten aus dem

seelsorderlichen und gemeindlichen Kontaktnetz und Umfeld dürfen nicht ausgeschlossen bleiben. Ein weiterer Grund ist, daß nur durch den freien Zugang zur Militärseelsorge vor Ort die gewünschten Kontakte und Querverbindungen zwischen dem Personalen Seelsorgebereich des Militärpfarrers und der dazugehörigen Ortsgemeinde entstehen können. Im konkreten Fall muß geprüft werden, ob für die bestehenden Diensträume des Militärpfarrers eine freie Zugangsregelung geschaffen werden kann oder ob die Diensträume außerhalb des militärischen Sicherheitsbereiches



Des Positions

papiers siebte Seite

verlegt werden müssen. Sehr grundsätzlich verbindet sich mit der Zugangsfrage eine Inhaltsfrage. Wenn sich Militärseelsorge als integriertes Element in die Bundeswehr versteht und für die Bundeswehr bestimmte Dienstleistungen wahrnimmt, ist ihr Standort innerhalb des milit. Kontrollbereiches berechtigt. Wenn die Militärseelsorge dagegen Kirche sein will, Gemeinschaft der "Herausgerufenen", an deren Gemeinschaft nicht schon jeder deswegen teilhat, weil er Soldat ist, ergibt sich eine andere Standortbestimmung. Frei zugängliche Diensträume des Militärpfarrers, in denen man als Soldat nicht immer schon automatisch mit ist, sondern in die man gehen und kommen müßte, würden eine schmerzliche Offenlegung der wirklichen Situation der Militärseelsorge bedeuten. Wer käme in diese Räume, nicht weil er ein Service-Angebot der Kirche in Anspruch nehmen, sondern sich um das

9. In den Personalen Seelsorgebereichen des Militärpfarrers sind Mitarbeiterkreise und Beiräte zu bilden. In diesem Sinne sind umzusetzen die Briefe der Militärbischöfe Kunst vom August 1971 und Lehming vom 15.8.1977 und 3.4.1978. Aus den Mitarbeiterkreisen/Beiräten auf der Ebene der Personalen Seelsorgebereiche könnten sich dann die Beiräte auf der Ebene der Landeskirche (solche Beiräte gibt es z.Zt. noch nicht) und auf der Ebene der Ev. Kirche in Deutschland (EKD) rekrutieren. Eine institutionalisierte Querverbindung hin zu den zivil-kirchlichen Gremien (Kirchenvorstand, Dekanatssynode, Landessynode, EKD-Synode) müßte geschaffen werden. Solange für die Arbeit

der Mitarbeiterkreise/Beiräte in den Personalen Seelsorgebereichen kein verbindlicher Rahmen geschaffen ist, empfehle ich den Soldatengemeinden, sich selbst entsprechende Ordnungen zu geben und das Gemeindeleben durch eigenverantwortete Gremienbildung zu strukturieren. Ich verweise auf die Ausführungen in: Karl Martin/Horst Rodik, Ev. Militärseelsorge als kirchliches Kommunikationssystem, München und Hamburg im April 1981, Seite 24 ff. (das Papier kann bei mir angefordert werden). Ordnungen im Sinne einer Selbstverpflichtung können in der Regel nicht verhindert werden. Überall ist es möglich, daß Menschen sich als Kirche verstehen und sich als Gemeinde strukturieren. Konflikte, die bei den Bemühungen der Selbststrukturierung des gemeindlichen und kirchlichen Lebens unter den Soldaten entstehen, müssen bejaht und durchgestanden werden. Der Militärseelsorge würde so ein wichtiger Dienst erwiesen, weil Ansatzpunkte für die fehlenden, so dringend benötigten synodalen

Elemente geschaffen würden.

Des Positionspapiers Anhang

10. Die finanzielle Situation der Militärseelsorge bedarf einer Überprüfung. Ich habe den Eindruck, daß der Militärseelsorge, verglichen mit anderen Bereichen kirchlicher Arbeit, unverhältnismäßig viel Geld zur Verfügung steht. Es besteht hier die Gefahr, daß Perspektiven für die Wirklichkeit durch das Geld verschoben werden, daß das Bewußtsein für die gesamtkirchliche Solidarität und Einbindung zu wenig gefordert ist. Die Militärseelsorge wird aus zwei Töpfen finanziert. In Artikel 2 des Militärseelsorgevertrages heißt es: "Der Staat sorgt für den organisatorischen Aufbau der Militärseelsorge und trägt ihre Kosten." Neben dieser Grundfinanzierung durch den Staat, die alle Grundkosten und Personalkosten abdeckt, erhält die Militärseelsorge nach dem Bedarfsdeckungsprinzip bis zu 2/3 des Kirchensteueraufkommens der Soldaten. Das restliche Drittel geht an die Landeskirchen, die es z.T. ebenfalls für den kirchlichen Dienst an den Soldaten verwenden. Das erstaunt. Sonst ist es bei dem Kirchensteueraufkommen so, daß ein Solidarprinzip herrscht. Die Steuerzahler finanzieren mit für die Nichtsteuerzahler (Kinder, Jugendliche, Arbeitslose, Rentner und Alte). Bei den Soldaten dagegen wird das Steueraufkommen im Wesentlichen nur für die Arbeit der Kirche unter der eigenen Berufsgruppe und deren engsten Angehörigen verwandt. Die Militärseelsorge besitzt von daher einen gewissen finanziellen Spielraum. Er könnte u.a. bei der Umsetzung von Reformansätzen für die eigene Arbeit verwandt werden. Für das Argument, Reformansätze seien zur Zeit nicht finanzierbar, kann ich bis auf weiteres keine Berechtigung sehen.

Karl Martin

.....

Als Anhang folgen die Briefe der Militärbischöfe Kunst vom August 1971 und Lehming vom 15.8.1977 und 3.4.1978.

Mitarbeit in der Gemeinde
gemäß Brief des Evang. Militärbischofs vom August 1971

Meine Brüder!

Von Anfang unserer Arbeit an hielt ich es für einen schweren Mangel, daß der Staatsvertrag zur Regelung der Militärseelsorge wie das zugehörige Kirchengesetz nur einen sehr schwachen Ausdruck des synodalen Elementes in der Einrichtung des Beirates vorsahen. Bei der Art unserer Gemeinden können wir diesem Mangel wahrscheinlich nie durch Gesetzgebung ausreichend abhelfen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß das reformatorische Verständnis der Zuordnung von Amt und Gemeinde die Praktizierung der Lehre vom allgemeinen Priestertum aller Gläubigen verlangt, soll es unter uns ein gesundes und fruchtbares Gemeindeleben geben. Ich halte es für erforderlich und auch möglich, daß wir nach einer ausreichenden Erfahrung und Diskussion zu einer geordneten Beteiligung der Gemeinde in den Standorten kommen. Es ist mir sicher, daß solche Ordnungen von allen unseren Landeskirchen begrüßt werden würden.

Es gehört zur Predigt des Evangeliums, daß sie die großen Taten so bezeugt, daß die Gemeindeglieder die Aufgaben für das eigene Miteinander und die Verantwortung darüber hinaus kennen, und sie willig gemacht werden. So klar das Zeugnis von dem sola fide sein muß, - unzweideutig spricht die Schrift aus, daß das Gericht nach den Werken ergeht. Adolf Schlatter, der bis in seine Todesstunde von der Frage nach seiner Auslegung des Römerbriefes bewegt war, schreibt als erste Sätze in seinem Jakobus-Kommentar:

"Was Jakobus sagt, steht weit über dem, was bisher befestigter und wirksamer Besitz unserer Kirchen, auch unserer evangelischen, geworden ist. Sie haben sich dadurch ernsthaft geschädigt, daß sie Jakobus nur ganz oberflächlich Gehör gewährten. Den Beleg für dieses Urteil gibt der Brief von seinem er-

Immer noch : Des Positionspapiers Anhang

sten Wort an, in dem der Jubel der von keiner Versuchung erschütterten Gemeinde hörbar wird, bis zu seinem letzten, das der Kirche das Vermögen zuschreibt, die in Schauspielerlei und Phantasterei Verirrten zur Wahrheit zurückzuführen."

Ich halte es für eine unerläßliche Aufgabe des Pfarramtes, die Gemeindeglieder in die Lage zu versetzen, sie anzuleiten, sie zu ertüchtigen, daß sie einen eigenen Beitrag für die breit gefächerten Aufgaben in der Gemeinde leisten können. Der Pfarrer ist der Vorsteher des Gottesdienstes und der Leiter des Gemeindeaufbaues. Das heißt nicht, daß er vom Intonieren bis zum Segnen allein als Handelnder vor der Gemeinde steht. Nicht nur den Lektor sollten wir überall haben. In der Gemeindegliederarbeit sollte der Pastor auch nicht nur Beratung und Hilfe erfahren. Die Ordnung, von der ich oben sprach, muß auch ein echtes Mitspracherecht durch ein Organ haben. Wie ein Gemeindegliederbeirat zustande kommt, worin die Inhalte seines Entscheidungsrechtes liegen, wie sein Verhältnis zu den dienstaufsichtsführenden Dekanen geregelt wird und so weiter, sind sekundäre Fragen. Erst einmal muß es im freien Spiel der Begabungen und Verantwortungskräfte zur Wahrnehmung des Dienstes kommen. Ordnungen und Gesetze für das Miteinander sind in der Kirche das Konsekutivum der Annahme des Evangeliums und der Bewährung des Glaubens.

Die Art unserer Gemeinden, allein schon ihr starkes Flukturieren erlaubt uns nicht, die bestehenden Gemeindeordnungen der Landeskirchen zu übernehmen. Dies ändert aber nichts daran, daß jede Gemeinde eine Gestalt braucht. Gestalt gibt es nicht ohne Dienst. Viel wäre schon gewonnen, wenn monatliche Werktag-Gottesdienste durch eine Gruppe von Mitarbeitern vorbereitet und evtl. mitgestaltet würden. Aber auch die Vorbereitung der Rüstzeiten, die Entscheidung über die Inhalte und die Organisation des Schriftendienstes, die Werbung für den Gottesdienst und gemeindliche Veranstaltungen bis hin zur Nachbarschafts-

hilfe bedürfen der Mitarbeit durch Frauen und Männer der Gemeinde.

Es ist nicht so, als hätte ein Teil von Ihnen nicht seit Jahren die Notwendigkeit der Bildung von Beiräten und Arbeitskreisen erkannt. Es haben sich durch Ihre Initiative in einer Reihe unserer Standorte längst Beiräte und Kreise gebildet, die von Ihnen oder einem Gemeindeglied oder gemeinsam geleitet werden. Im Rückblick auf die Tage unserer Gesamtkonferenz in Eberbach erinnere ich mich mit besonderer Freude an die Teilnahme einiger Soldaten, die als Glieder unserer Gemeinden lebhaft in den Gesprächskreisen mitwirkten. Sie werden sicherlich ebenso wie ich für diese Bereitschaft zur Mitarbeit in unserer Kirche dankbar sein. Auch bei anderen Gelegenheiten, etwa der Vorbereitung für die jährliche Fahrt nach Musée du Désert zeigt sich nicht nur ein hohes Maß von Interesse, sondern auch der Wille zur Übernahme von Verantwortung in der Kirche. Aber der seit der Konferenz in Bad Deynhausen eingeschlagene Weg auf unseren Jahrestagungen bedeutet demgegenüber etwas Neues. Wir sollten diese Art des Miteinanders konsequent pflegen, wo immer sie unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Bitte, sage keiner von Ihnen zu schnell: In meinem Standort ist es nicht möglich! Vergessen Sie nicht: Zu den liebsten Kindern der Liebe gehört die Phantasie. Es geht nicht um die Formierung einer neuen Organisation, sondern um die schuldige Wahrnehmung der Aufgaben in der Gemeinde und darüber hinaus für die Kirche und die Welt.

Meine Bitte an Sie richtet sich darauf, Sie möchten abgesehen von der Mitarbeit einzelner Soldaten in den Kirchengemeindevorständen und in den Presbyterien nachdrücklich sich um die Bildung von Beiräten bemühen. Ganz sicher werden wir dabei zu einer großen Unterschiedlichkeit der Lösungen kommen. Vielleicht finden wir aber in den nächsten drei Jahren soviel für uns alle Gütiges, daß wir eine Ordnung wagen können. Ich bin mir selbstredend klar, daß

Achtung! Immer noch:

Des Positionspapiers Anhang



Liebe Brüder!

Als Bischof D Kunst Ihnen im August 1971 die Bildung von "Beiräten" und "Mitarbeiterkreisen" zur Aktivierung der Gemeinde empfahl, haben viele sein Anliegen aufgenommen und erfahren, daß unsere Gemeindeglieder weiterhin zur Übernahme von Aufgaben und zur Mitverantwortung bereit sind.

die Bildung von Beiräten auch an meinen Sonderhaushalt erhebliche Anforderungen stellen wird. Ich werde bereit sein, Ihnen dabei bis an die Grenze des Möglichen entgegen zu gehen. Wir brauchen im Kirchenamt auch bedeutende Mittel für zentrale Aufgaben. Aber wahrscheinlich ist es für die innere Gesundheit unserer Gemeinden besser, wenn die vorhandenen Steuergelder in wesentlich höherem Maße als bisher von tüchtigen und tatkräftigen Beiräten in unseren Gemeinden verwaltet werden.

So wurden in den vergangenen Jahren in vielen Bundeswehrstandorten Beiräte der evang. Militärseelsorge gebildet. Sie übernahmen Dienste, die ohne diese Mitarbeiterkreise - allein durch Pfarrer und Pfarrhelfer - nicht hätten bewältigt werden können.

Ich weiß, in einer ziemlich Breite begegnet man bei seinen jüngeren Amtsbrüdern dem Seufzen, wenn man an den Weg der Kirche im nationalsozialistischen Staat erinnert. Aber gerade weil wir heute in einer größtmöglichen Freiheit den Dienst der Kirche in unserem Lande ausrichten können, darf ich Ihnen in diesem Zusammenhang nicht verschweigen, daß die Geschichte jener Jahre nicht geschrieben werden kann, ohne sich des außerordentlichen Beitrags der Gemeinde und der synodalen Organe zu erinnern. Sie sollten auch nicht übersehen, in welchem Maße die Kirchen in der DDR in ihrer Enge vom Dienst der Gemeindeglieder leben.

Bei meinen Besuchen in den Standorten habe ich in zahlreichen Gesprächen die Vielfalt der von den Beiräten übernommenen Aufgaben kennengelernt. Ich bin davon überzeugt, daß solche Mitarbeiterkreise für unseren Dienst unentbehrlich und für jede Soldatengemeinde notwendig sind.

Ich denke u.a. an folgende Aufgaben, die dem Beirat übertragen werden können:

1. Förderung des kirchlichen Lebens im Seelsorgebereich
1. Mitarbeit bei Planung und Durchführung von
 - Gottesdiensten und Amtshandlungen,
 - gemeinschaftsfördernden Veranstaltungen z.B. Frauen- und Jugendkreise, Gesprächskreise, Feste, Spielabende, Ausflüge,
 - Rüstzeiten, vor allem mit Familien, Kompaniefeldwebeln, S 1-Feldwebeln, jungen Offizieren und anderen Zielgruppen.
2. Wahrnehmung diakonischer Aufgaben - auch durch Ehefrauen der Soldaten - wie z.B. Nachbarschaftshilfe, Besuche in den Familien, besonders bei Neuzugezogenen.
3. Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen Gruppen, Organen und Ein-

Mit brüderlichen Grüßen bleibe ich

Ihr
Hermann Kunst

....

Bildung von Mitarbeiterkreisen/Beiräten

gemäß Brief des Evang. Militärbischofs vom 15.8.1977

Es nähert sich das Ende von des Positionspapiers Anhang

richtungen, z.B.
Christliche Offiziersvereinigung
(CDV)
Gemeinschaft kath. Soldaten (GKS)
Pfarrgemeinderat beim kath.
Standortpfarrer,
Soldatenheim u.a.

4. Mitwirkung und Mitverantwortung bei der Verwendung von Mitteln für gemeindefördernde und -bildende Maßnahmen.
5. Übernahme von Aufgaben zur Aufrechterhaltung der Seelsorge bei Vakanzen.

II. Förderung der Integration in die örtliche Kirchengemeinde

1. Mitarbeit bei Planung und Koordination von Veranstaltungen.
2. Kontaktpflege zum Kirchengemeinderat/Presbyterium und zu kirchlichen Arbeitsbereichen, wie z.B. Männer- und Frauenarbeit, Christlicher Verein Junger Männer (CVJM), Jugendkreise, Kindergärten u.a.
3. Information der Kirchengemeinde über Aktivitäten und Probleme der Militärseelsorge.

III. Förderung der Zusammenarbeit zwischen Militärseelsorge und Truppe

1. Einführung eines neuen Pfarrers in die Besonderheiten am Standort.
Beratung des Militärgeistlichen und seiner Mitarbeiter, insbesondere in Fragen des militärischen Lebens.
2. Gewinnung von Kontaktpersonen in Einheiten/Verbänden.

Wir haben in den zurückliegenden Jahren genügende Erfahrungen mit der Arbeit der Beiräte gesammelt. Darum möchte ich die Einrichtung von Beiräten und Gemeindegemeinschaften verbindlich regeln:

So bitte ich Sie, überall da, wo es noch keinen Beirat gibt, noch in diesem Jahr aus den Reihen der Soldaten und deren Ehefrauen Mitarbeiter zu gewinnen. Das Jahr 1978 kann dann dazu dienen für Ihren Beirat einen geeigneten Arbeitsstil zu entwickeln. Dabei werden Sie mit Ihren Mitarbeitern eine eigene, auf die Verhältnisse und Besonderheiten Ihres Standortes zugeschnittene

Form der gemeinsamen Arbeit finden. Schwerpunkte können je nach Situation von den Verantwortlichen im Seelsorgebereich gemeinsam bestimmt werden. Die Ehefrauen der Soldaten werden sicherlich dabei ein Wort mitzureden haben. Der in diesem Brief angebotene Aufgabenkatalog ist für Sie als Anregung gedacht.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie bis Frühjahr 1978 (spätestens 15.5.1978) Ihrem Wehrbereichsdekan/Dekan beim Flottenkommando Name und Anschrift des Vorsitzenden (Sprechers) des Beirates und seines Vertreters mitteilen würden. Tritt durch Ausscheiden des Vorsitzenden oder seines Vertreters ein Wechsel ein, sind Name und Anschrift der Nachfolger beim Wehrbereichsdekan/Dekan beim Flottenkommando anzugeben.

Liebe Brüder, ich weiß, daß diese Aufgabe denen, die bisher noch keinen Mitarbeiterkreis gebildet haben, zusätzliche Mühe bereiten wird. Wir werden jedoch bedenken müssen, welche geistliche Kraft die Gemeinde mit ihren vielerlei Gaben ist. Ihr Dienst wird zudem dadurch auf ein breites Fundament gestellt und eine Bereicherung erfahren.

Mit dem Wunsch, daß die Arbeit des Beirates Ihnen zur Hilfe und Ihrer Gemeinde zum Segen wird, bleibe ich
Ihr
Dr. Sigo Lehming

....

Bildung von Mitarbeiterkreisen/Beiräten
gemäß Brief des Evang. Militärbischofs vom 3.4.1978

Liebe Brüder!

Gelegentliche meiner Besuche in den Wehrbereichen haben mir einige Brüder von ihren Schwierigkeiten berichtet, in ihrem Standortbereich gemäß meinem Brief vom 15. Aug. 1977 einen Gemeindebeirat oder Mitarbeiterkreis zu bilden. Ich habe mich daraufhin nochmals mit dem Wehrbereichsdekanen und dem Kirchenamt beraten.

Hinter den meisten der vorgebrach-

Endlich ! Das Ende von des Positionspapiers Anhang

ten Argumente spürte ich die Sorge um die Überbetonung struktureller Fragen zu Lasten des eigentlichen Auftrages der Militärseelsorge. Sie sollen wissen, daß ich diesen Einwand von Anfang an sehr ernst genommen habe. Andererseits sehe ich es als das Ziel jeder und d.h. auch unserer kirchlichen Arbeit im Bereich der Soldaten an, Gemeinde zu bauen und zu fördern, nicht zuletzt und gerade auch durch die Nutzung verschiedenster Elemente des Gemeindeaufbaus. In der Soldatengemeinde fehlen in der Regel die traditionellen Gemeindeglieder, über die ein Gemeindepfarrer seine pastorale Fähigkeit entfalten und selbst vielfältige Anregung und hilfreiche Begleitung erfahren kann. Ich wünsche mir, daß Sie den empfohlenen Gemeindebeirat in diesem Sinne verstehen und nutzen lernen und ihn bald selbst als ein unentbehrliches Instrument Ihrer Arbeit betrachten werden. Es ist Ihnen mit Rücksicht auf die Unterschiedlichkeit der Standorte dabei keine Form vorgegeben. Es ist vielmehr Ihrem Urteil und Ihrer Fantasie überlassen, die für Ihren Standort gemäße Form des Gemeindebeirates zu finden.

In den Beiräten und Mitarbeiterkreisen werden Ihnen Menschen zur Seite stehen, die Sie jederzeit darauf ansprechen können, was Sie jeweils für Ihre Soldatengemeinde für wichtig halten. Darüber hinaus stellen sie Präsenz und Aktualität von Gemeinde in Ihrem Bereich dar, nicht zuletzt wenn Sie infolge des mobilen Charakters Ihres Dienstes unterwegs sind. Notfalls können sie sogar einmal Verkündigung, Leben und Gemeinschaft am Standort über eine Vakanz hinwegtragen.

Wenn ich Sie bat, Ihrem Wehrbereichsdekan solche Personen in Ihrem Standort zu benennen, dann liegt gerade in dieser Präsenz von Gemeinde der Grund dafür. So verstanden können Gemeindebeiräte und Mitarbeiterkreise Ansprechpartner sein, die auch bei Ihrer Abwesenheit zur Verfügung stehen. Lassen Sie sich daher noch einmal ermutigen, auf Menschen in Ihrer Soldatengemeinde zuzugehen, denen

Sie eine solche Mitarbeit zutrauen. Die eigene Bereicherung und die Freude am Wirken Ihrer Gemeindeglieder in vielerlei Gestalt wird Sie sicher bald selbst vom Segen der Maßnahme überzeugen. Die Berichte der Brüder, die schon seit längerem Gemeindeglieder oder Mitarbeiterkreise an ihrer Seite haben, sind durchaus positiv. Ich bin mit den Wehrbereichsdekanen übereingekommen, daß Sie sich miteinander abstimmen, falls am einen oder anderen Standort Schwierigkeiten wegen des in meinem Schreiben vom 15. August 1977 angegebenen Meldetermins aufkommen.

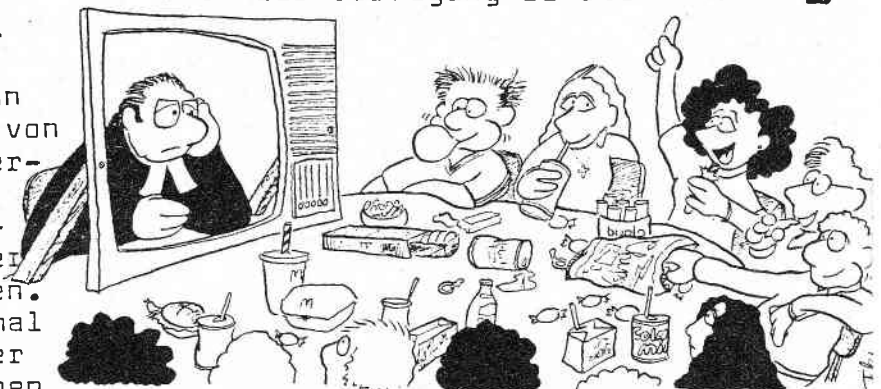
Für alle Anregungen, die der Sache dienen, bin ich jederzeit dankbar und bitte Sie, mich an Ihren Überlegungen teilhaben zu lassen.

In der Freude auf ein Wiedersehen mit Ihnen in Damp 2000 grüße ich Sie
Ihr

Dr. Sigo Lehming

Nachbemerkung der Redaktion der Verantwortung:

Auf das Positionspapier zum Thema Militärseelsorge wurde eine kritische Erwiderung von Winfried Sixt, Evang. Wehrbereichsdekan IV vorgebracht. W. Sixt verwies dabei auf seine Ausführungen unter der Überschrift "Dienstbesprechung" in Domini sumus - Wir sind des Herrn. 30 Jahre Militärseelsorgevertrag. Hrsg. vom Evang. Kirchenamt für die Bundeswehr, Hannover 1987, S. 158 ff. Die Redaktion wird Herrn Sixt bitten, für die nächste Ausgabe der Verantwortung die wichtigsten Punkte seiner kritischen Erwiderung auf das Positionspapier zum Thema Militärseelsorge schriftlich zur Verfügung zu stellen. ■



Als Zivilist in der Kaserne

In Bayern arbeiten derzeit 28 evangelische Militärpfarrer

MÜNCHEN (SZ) – Der evangelische Militärseelsorgevertrag, der vor 30 Jahren von Konrad Adenauer und Bischof Otto Dibelius unterzeichnet wurde, hat sich nach Ansicht von Oberkirchenrat Theodor Glaser bewährt. Anlässlich des Jubiläums sagte der Ständige Vertreter des bayerischen Landesbischofs bei einer Predigt in Ottonbrunn, die Landeskirche sei dankbar für den Vertrag, auch wenn er sich kritische Fragen gefallen lassen müßte.

Bundesbeamte auf Zeit

In Bayern arbeiten derzeit 28 evangelische Militärpfarrer. Sie werden von der Landeskirche für sechs bis acht Jahre beurlaubt, unterstehen dem Kirchenamt für die Bundeswehr und sind Bundesbeamte auf Zeit. Sie treten als Zivilist in der Kaserne auf, üben ihren Verkündigungsdienst und die Seelsorge unabhängig von militärischen Weisungen aus und tragen nur im Manöver einen NATO-oliven Schutzanzug mit Kreuz auf der Schulterklappe.

Erst nach heftigen Debatten hat im Februar 1957 die EKD-Synode in Berlin-Spandau mit 94 Stimmen bei 18 Neinstimmen und fünf Enthaltungen dem Vertrag zugestimmt. Der bayerische Landesbischof Hermann Dietzfelbinger bejahte damals den Vertrag mit der Begründung, daß die Kirche den Soldaten nicht allein lassen dürfe, wie auch andere „gefährliche Berufe“ in Technik, Wirtschaft und Wissenschaft besonders kirchliche Begleitung nötig hätten. Von Anfang an war den Synodalen wichtig, daß die Militärseelsorge nicht in politische Abhängigkeiten gerät.

In einem Grußwort zum 30jährigen Vertragsjubiläum hat jetzt Oberkirchenrat Glaser dieser Vertragskonstruktion zwischen Kirche und Staat bescheinigt, hier seien Voraussetzungen geschaffen worden, daß die Pfarrer innerhalb der Bundeswehr „dem geistlichen Auftrag der Kirche verpflichtet und von staatlichen Weisungen unabhängig sind“. Die Militärpfarrer leisten nach Meinung Glasers in Verkündigung und Seelsorge einen „Beitrag zum Friedensdienst, zu dem das Evangelium von Jesus Christus verpflichtet“.

Die Regionalgruppe München des Arbeitskreises Evangelische Erneuerung (AEE) hat den Jahrestag zum Anlaß genommen, in einem offenen Brief kritische Fragen an die bayerischen Militärpfarrer zu stellen. „Habt Ihr noch die Unabhängigkeit von der gerade herrschenden Verteidigungsstrategie?“ heißt es da. Die Organisation der Militärseelsorge sei zu eng an die Struktur der Bundeswehr angelehnt. Ein synodales Element fehle völlig, die Verbindung zu den örtlichen Kirchengemeinden sei zu schwach.

„Unbrüderliche Kränkung“

Militärdekan Jürg Diegritz hat diesen offenen Brief inzwischen als „unbrüderliche Kränkung“ bezeichnet, geschrieben aus emotionalen Vorurteilen. Ein Pfarrer, der zur Militärseelsorge komme, werde keinem Zusatzexamen über Sicherheitspolitik unterzogen. „Aberdings kann keiner Militärpfarrer werden, wenn er seine Gemeindeglieder für potentielle Mörder hält“, betont Diegritz.

•Helmut Winter

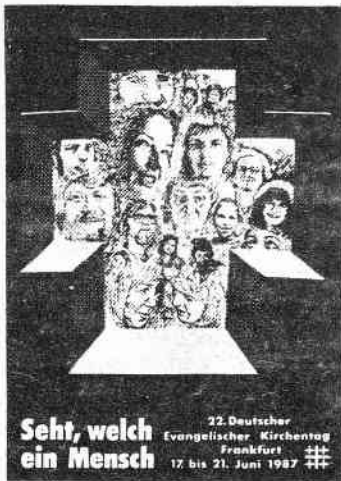
Süddeutsche
Zeitung
26.2.1987

Der offene Brief der Regionalgruppe München des Arbeitskreises Evangelische Erneuerung (AEE) ist abgedruckt in der Verantwortung Nr. 2 Seite 22-24

Bericht über ein
Gespräch mit dem
Evang. Militärbischof

Am Donnerstag, den 26. November 87, waren Carl-A. Fechner und Karl Martin beim Militärbischof H.-G. Binder in Bonn. Die Vertreter des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins hatten ein Gespräch mit dem Militärbischof. Der Bischof interessierte sich, wie kritische Soldaten über Abschreckungsstrategie, Abrüstung und Frieden denken. Die Vertreter des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins überreichten dem Bischof auf seinen Wunsch hin die Verantwortung Nr. 2 sowie die Dokumentation über das Herbstseminar '87 des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins. Der Militärbischof bat darum, daß beide Seiten in Kontakt bleiben.

Die Vertreter des Dietrich-Bonhoeffer-Vereins haben dem Bischof zugesagt, ihn über die Arbeit des DBV auf dem Laufenden zu halten, und ihrerseits das Interesse an der Fortsetzung des Kontaktes zum Ausdruck gebracht. Für eine Zusammenarbeit zwischen DBV und Militärseelsorge empfiehlt der Bischof zunächst die Ebene der Wehrbereichsdekanate. Der Bischof gab zu verstehen, daß er einer Teilnahme von Soldaten und Mitarbeitern der Militärseelsorge an Veranstaltungen des DBV zum Thema Militärseelsorge keine Schwierigkeiten in den Weg legen werde.



FLUG- BLÄTTER VOM KIRCHEN- TAG 1987

Erklärung evangelischer Soldaten, die Christen sein und Glieder ihrer Kirche bleiben wollen

Als evangelische Christen sehen wir die Grundlage unseres Bekenntnisses darin, daß der Mensch nicht durch seine Werke, sondern allein durch den Glauben an Jesus Christus gerettet und vor Gott gerechtfertigt werden kann. Aus diesem Bekenntnis erwächst die Befreiung zur Liebe und zu verantwortlichem Handeln in der Welt.

Als Soldaten berufen wir uns auf die "Theologische Erklärung von Barmen" (1934), deren 5. These lautet:

"Die Schrift sagt uns, daß der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Erfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an. Sie erinnert an Gottes Reich, an Gottes Gebot und Gerechtigkeit und damit an die Verantwortung der Regierenden und Regierten. Sie vertraut und gehorcht der Kraft des Wortes, durch das Gott alle Dinge trägt.....".

Dabei sind wir uns bewußt, daß uns im nuklearen Zeitalter neue Fragen gestellt sind, wie sie in der Friedensdenkschrift der EKD von 1981 zum Ausdruck kommen.

I. Offene Fragen:

Wir sehen unseren Staat im Dilemma: Um seinem Schutzauftrag nachzukommen, muß er Mittel in Rechnung stellen, die diesen Auftrag selbst in Frage stellen können.

Wir sehen uns Soldaten im gleichen Dilemma:

Die Verfassung gibt uns den Auftrag, unser Land nötigenfalls mit der Waffe zu verteidigen. Dann aber stehen wir vor der Möglichkeit, daß durch unseren Einsatz das zerstört wird, was wir verteidigen wollen.

Wir sehen unsere Kirche im Dilemma:

Sie kann unseren Staat aus seinem Schutzauftrag nicht entlassen. Sie kann jedoch die Anwendung der heute dem Staat zur Verfügung stehenden Mittel angesichts der denkbaren Konsequenzen nicht gutheißen.

II. Gemeinsamkeiten und Unterschiede:

Das Gebot der Nächstenliebe weist uns in die Verantwortung für den Nächsten und damit in die Mitverantwortung für das Gemeinwohl. Die Gebote Gottes nehmen unsere Gewissen in Pflicht. In der Frage aber, wie wir angesichts der geschilderten Situation unserer Verantwortung für den Nächsten und für das Gemeinwohl nachkommen sollen, sehen wir uns auf das Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens angewiesen. Christen können daher ein gemeinsames Ziel auf verschiedenen Wegen anstreben. Diese unterschiedlichen Wege verstehen wir nicht als Trennung, sondern als Ergänzung (Komplementarität).

Nicht der Gehorsam gegenüber dem Gebote Gottes unterscheidet uns, sondern die Art, wie wir unsere jeweilige Verantwortung wahrnehmen.

III. Erwartungen:

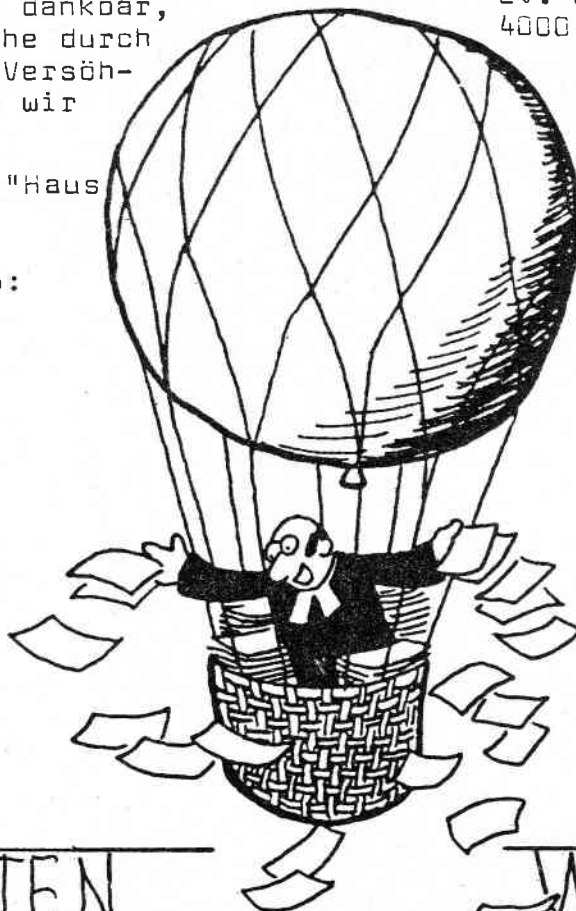
Wir erwarten von unserer Kirche, daß sie ihre Glieder auf deren unterschiedlichen Wegen begleitet, indem sie an Gottes Reich,

an Gottes Gebot und Gerechtigkeit erinnert und damit unsere Verantwortungsfähigkeit stärkt. Wir wissen, daß uns unsere Kirche weder unsere Verantwortung noch das Wagnis persönlicher Entscheidung abnehmen kann. Wir sind dankbar, daß wir in unserer Kirche durch Wort und Sakrament die Versöhnung erfahren, ohne die wir handlungsunfähig wären.

Iserlohn, Ev. Akademie "Haus Ortlohn", 03.04.1987

Für den Arbeitsausschuß:

Johannes Ottemeyer
 Winfried Sixt
 U. von den Steinen
 Armin Boyens
 Herwig Pickert
 Wolfgang Fischer
 Burkhard Beckheuer
 Hartmut Engelmann
 Karl-Heinz Demond
 Wilhelm Groscurth
 Horst-Dieter Rückert
 Winfried Bokranz
 Marlis Bokranz
 Walter von Lossow



Weiter Unterschriften zu dieser Erklärung sind von Soldaten, Angehörigen oder Freunden der Mil.-Seelsorge erwünscht.

Kontaktadressen:

Ev. WBD III, Lenaustr. 29,
 4000 Düsseldorf 30

Ev. WBD IV,
 Freiligrathstr. 6,
 6500 Mainz

**WIR SOLDATEN
 SIND CHRISTEN**

**WIR CHRISTEN
 SIND SOLDATEN**

Wir Soldaten sind Christen
 Wir Christen sind Soldaten

ALS SOLDATEN UND CHRISTEN SIND WIR
 BETROFFEN,

- daß unsere Gewissensentscheidung für den Dienst als Soldat in Zweifel gezogen wird.
- daß uns Soldaten das Vorbereiten und Einüben eines Angriffskrieges unterstellt wird.
- daß in einigen Gemeinden versucht wird, Soldaten aus der Gemeinschaft der Glaubenden auszugrenzen.
- daß die Kriegsdienstverweigerung zum deutlicheren Zeugnis des Friedensangebotes Gottes erklärt werden soll.

ALS CHRISTEN UND SOLDATEN SIND
 WIR ÜBERZEUGT,

- Gott wird seinen Frieden, der in Jesus Christus angebrochen ist, zu seiner Zeit ohne unser Verdienst selbst vollenden. Unter dieser Verheißung stellen wir uns der Herausforderung der politischen Wirklichkeit: Wir fliehen weder in Ängste noch in Utopien.
- Im Gehorsam gegen Gott und in Verantwortung für den Nächsten haben wir dem Frieden auf Erden zu dienen. Dafür treten wir als Soldaten der Bundeswehr ein; denn die geschichtliche Erfahrung zeigt: der Friede in der Welt konnte noch niemals auf Dauer durch Verzicht auf Waffen gesichert werden. Zugleich aber sind wir davon überzeugt, auch andere Wege suchen zu müssen,

um Spannungen und Bedrohungen abzubauen.

- Wir können durch unsere Entscheidung in Schuld geraten, auch wenn wir unsere Waffen niemals als erste einsetzen werden. Wir bedürfen der Vergebung darum ebenso wie diejenigen, die nicht bereit sind, Recht und Freiheit des Nächsten als Soldat zu verteidigen. Gott allein wird entscheiden, ob wir unserer christlichen Verantwortung gerecht geworden sind.

WIR FORDERN ALLE VERANTWORTLICHEN
CHRISTEN AUF,

- zum Bekenntnis von Barmen zu stehen, wonach "...der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen" (These V).
- an den Aussagen der Denkschrift der EKD von 1981 "Frieden wahren, fördern und erneuern" festzuhalten, daß aus christlichen Gründen nicht "unbedingt" auf Waffen verzichtet werden muß.
- anzuerkennen, daß wir Soldaten ebenso aus christlicher Verantwortung handeln wie Angehörige von Friedensgruppen.
- sich in ihren Gemeinden dafür einsetzen, daß Soldaten und Kriegsdienstverweigerer in gleicher Weise Mitglieder der christlichen Gemeinschaft bleiben.

Wilhelm Groscurth, Oberstleutnant
Fontainengraben 150, 5300 Bonn 1 ■

Brot für die Welt
Den Frieden entwickeln



Postgiro Köln 500 500-500

Zeichen der Hoffnung



Verweigerung als deutlicheres Zeugnis? Zur ethischen Legitimation des Waffendienstes in der Bundeswehr heute

Vortrag auf der Tagung der Evang. Akademie Iserlohn "Vom seligen Stand der Kriegsleute zum deutlicheren Zeugnis" (4.-6.9.1987)

1. Vorbemerkungen

Im Darmstädter Signal gibt es eine lebhaftere Diskussion über Fragen der soldatischen Berufsethik. Wir hatten dazu mehrere Veranstaltungen, die zum Teil auch öffentliche Beachtung fanden. Es gehört zu unserem Selbstverständnis, unser Engagement für den Frieden und für die Abrüstung deutlich zu machen, und daher gibt es in vielen Fällen eine Übereinstimmung mit Gruppen und Initiativen der Friedensbewegung. Meine Position, wie ich sie hier vortrage, ist vor allem in der Auseinandersetzung mit der Militärseelsorge entstanden, die für Fragen der Berufsethik in der Bundeswehr als zuständig angesehen wird. Wir vermischen jedoch bei ihr die notwendige Sensibilität für die Grenzfragen des soldatischen Dienstes, die sich aus der heutigen Sicherheitspolitik und Militärstrategie ergeben.

Für mich gibt es überhaupt keinen Zweifel, daß angesichts der militärischen Konfrontation zwischen der Blöcken und der fehlenden Bereitschaft des Westens, überzeugende politische Schritte zu Abrüstung und Frieden einzuleiten, heute die Verweigerung gegenüber dem Militärdienst als das deutlichere Zeugnis christlichen Glaubens anzusehen ist. Ich möchte ver-

suchen, diese Auffassung zu begründen. Außerdem - und das ist eigentlich der wichtigste Gesichtspunkt der folgenden Ausführungen - ist zu überlegen, unter welchen einschränkenden Bedingungen ein Christ noch Soldat in der Bundeswehr sein kann.

2. Wie ist christlicher Glaube heute zu bezeugen?

Was ist eigentlich ein christliches Zeugnis? Kann von unseren Kirchen, wie sie sich jahrhundertlang als staatstragende Institution bewährt haben, eine Antwort auf diese Frage erwartet werden? Ein Christentum, wie es von diesen Kirchen gepredigt wird, zeigte und zeigt sich auch heute noch - als die Ideologie der europäischen Staaten und Gesellschaften, ist in diese eingebunden und trägt sie mit. In der Vergangenheit identifizierte sich das Kirchenchristentum weitgehend mit dem Staat. Entartungen und Mißstände in den Staaten wurden gelegentlich angeprangert, vornehmlich wenn der eigene Bestand gefährdet war. Die Kirchen hatten keine Probleme, sich mit dem Nationalsozialismus zu arrangieren. Sie nahmen die Verfolgung von Juden und Kommunisten hin, wehrten sich allerdings gegen eine staatlich verpaßte Kirchenordnung, aber auch gegen die Euthanasie. Noch heute können Kirchen mit jeder Art von Diktatur zusammenarbeiten. Die Freiheitsbewegungen der Vergangenheit, die sich gegen die Fürsten- und Adelherrschaft auflehnten und sich für einen republikanischen oder demokratischen Staat einsetzten, hatten die Kirche auf der Seite ihrer Gegner.

Die Menschen außerhalb Europas erlebten die Christen als Kreuzfahrer, Eroberer, Sklavenhändler oder als Siedler, die ihr Land im Raubbau plünderten oder es ihnen wegnahmen und ihnen die Lebensgrundlagen entzogen. Schließlich erlebten sie in ihnen Kriegsgegner, die vor dem atomaren Massenmord nicht zurückschreckten. Nicht umsonst wird die Atombombe in Japan als "christliche Bombe" bezeichnet.

In Europa ist das Christentum die Religion des etablierten Bürgertums. (In England gilt die Anglikanische Kirche als die konservative Partei im Gebet). Die Kirche ist problemlos in Staat und Gesellschaft integriert. Gesellschaftliche Randgruppen wie Behinderte, Rauschgiftabhängige, Arbeitslose, viele aus der Bahn geworfene Menschen werden zwar betreut, befinden sich aber auch am Rand der Gemeinde. Dazu zwei Beispiele: Ein homosexueller Pfarrer, der mit seinem Partner im Pfarrhaus wohnt, ist auch für eine Großstadtgemeinde heute noch untragbar. - In die Kirchengremien werden überwiegend die soliden Repräsentanten der bürgerlichen Gesellschaft gewählt. Sie unterscheiden sich in vieler Hinsicht von den Menschen der Unterschichten, die nach den neutestamentlichen Berichten Jesus Christus nachfolgten.

In dieser Kirche werden die Verweigerer zwar geduldet, aber es wird ihnen nicht zugestanden, daß sie ein deutlicheres Zeugnis ihres Glaubens ablegen als die Soldaten. Über Luthers Auffassung zu Krieg und Frieden, wie er sie in seiner Kriegsleute-Schrift darstellte, ist man nicht hinausgekommen. Er verstand das Schwert - in diesem Fall als Kriegswaffe - als von Gott eingesetzt, um die Bösen zu strafen, die Rechtschaffenen zu schützen und den Frieden zu erhalten. Der kurze Unfriede (= Krieg) sollte den langen Unfrieden beenden. Der Krieg ist nötig, um den Frieden zu erzwingen. Diese Vorstellungen gelten heute noch, denn unsere heutige Militärdoktrin, gegen die sich die Kirchen noch nicht ausgesprochen haben, sieht immer noch den Verteidigungskrieg vor, sobald die Abschreckung versagt. In diesem kirchlich abgesegneten Kriegsbild hat der Verweigerer mit seinem deutlicheren Zeugnis, also als Vorbild, keinen Platz.

Wer sich nicht an den Lehren und Verhaltensweisen der Kirchen, sondern am Neuen Testament und den frühen christlichen Gemeinden orientiert, erhält ein anderes Bild. Die Christen vor der konstantinischen Wende versuchten, dem Gebot der Feindesliebe zu folgen und waren



nicht bereit, gegen ihre Mitmenschen Gewalt anzuwenden.

Dagegen spricht nicht - und damit komme ich zu der Frage nach den "christlichen Soldaten"-, daß im Neuen Testament recht unbefangenen von Soldaten berichtet wird. Sie werden nicht als mögliche Gewalttäter grundsätzlich abgelehnt; es wäre allerdings überzogen, daraus eine sittliche Rechtfertigung des Militärdienstes abzuleiten. Soldaten gehörten zur sozialen Welt der frühen Christen ebenso wie die Reichen. Diese hatten es schwer, ins Himmelreich zu gelangen. Es gibt kritische Äußerungen gegenüber dem Reichtum als Hammon, der die Menschen beherrscht. Aber dennoch wird nicht jeder Besitz verurteilt. Das frühe Christentum ist keine Armutsbewegung.

Die christlichen Gemeinden wandten sich nicht von den Soldaten ab. Es gibt aber Hinweise darauf, daß sie von ihnen ebenso wie von höheren Staatsbeamten, die zum Aussprechen von Todesurteilen befugt waren, eine Beendigung des Dienstes noch vor der Taufe erwarteten. ¹⁾ auf den Widerspruch zwischen diesem Sakrament und dem Bild des Soldaten weist Tertullian hin. Er hält es für besser, wenn ein Christ den Militärdienst quittiert, weil er sonst immer wieder gezwungen sein kann, gegen seine Mitmenschen Gewalt zu gebrauchen. Ein christlicher Soldat muß sich stets um Ausflüchte bemühen, um im Dienst nicht gegen die Gebote zu verstoßen. Mit dieser Empfehlung berücksichtigt der Kirchenvater, daß es ungeachtet aller Bedenken doch eine große Zahl von Christen in den römischen Legionen gegeben haben muß. Darauf weisen antike Przeßakten und die meisten legendären Berichte über Soldatenheilige hin, die Christen waren und zu Märtyrern wurden, weil sie sich weigerten, ihre Waffen einzusetzen. Die spätere Kirche hat allerdings ihr Andenken verfälscht, indem der eigentliche Anlaß ihres Martyriums verschwiegen wurde. ²⁾

Der jahrhundertlang vorherrschenden Staatskirche ist es allerdings nicht völlig gelungen, das Zeugnis konsequenter Gewaltfrei-

heit zu unterdrücken oder es zum Privileg der Geistlichkeit umzuwandeln und auf diese zu beschränken. Es sei hier nur an die historischen Friedenskirchen der Mennoniten, der Quäker und der Brüder (Church of Brethern) ^{erinnert}. Wer sich dieser Tradition verbunden weiß, wird die Verweigerung nicht nur als deutliches Zeichen oder Zeugnis, sondern als allein möglichen Weg ansehen.

Die Verweigerung des Militärdienstes geht heute über eine ablehnende Haltung gegenüber einer Einrichtung unseres Staates hinaus. Zumindest enthält sie die Chance dazu und kann darauf hinweisen, wie christlicher Glaube gelebt werden soll. Ein glaubwürdiges Zeugnis ist ohne eine "vorrangige Option für die Armen" nicht mehr vorstellbar. Und die Armen unserer Zeit sind die Menschen der Zweidrittelwelt, denen alle lebensnotwendigen Güter fehlen, die bei uns so im Überfluß vorhanden sind. Die Not jener Menschen ist - wie wir inzwischen alle wissen können - nicht eine Folge naturgegebenen Mangels in ihren Ländern, sondern sie entsteht durch Unterdrückung und Ausbeutung. Das Weltwirtschaftssystem, das Hunger und Elend dort zur Grundlage unseres Wohlstands und Luxuskonsums macht, wird nicht zuletzt durch das Militär der Industrieländer stabilisiert, das wiederum einen Teil der lebenswichtigen Ressourcen für sich beansprucht und seinen Beitrag zur Umweltzerstörung leistet.

Wer heute den Militärdienst verweigert, sei es aus moralischen oder politischen Gründen, kann damit seinen Protest gegen diese Entwicklungen zum Ausdruck bringen. Er verhält sich verantwortlich im Sinne des ökumenischen Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und kann sich damit zeichenhaft für die Benachteiligung unserer Zeit und für die Erhaltung der Lebensgrundlagen für zukünftige Generationen einsetzen.

3. Frieden in Sicherheit?

Durch die Bereitschaft in der Bundeswehr Dienst zu leisten, scheint mir dagegen eine vorrangige Option für die Reichen zum Ausdruck zu



kommen. Von offizieller Seite wird zwar immer hervorgehoben, daß der Frieden in Freiheit gesichert werden soll, wobei die Freiheit offenbar als etwas Dingliches verstanden wird, das festgehalten und abgesichert werden kann. Doch hinter jener Phrase verbergen sich handfeste materielle Interessen.

Äußerungen von Militärs und Politikern lassen erkennen, daß es ihnen bei ihrer Sicherheitspolitik weniger um demokratische Freiheiten, als vielmehr um das Bewahren von Besitzständen geht.

Im Weißbuch 1983 ³⁾ wird darauf hingewiesen, wie sehr wir von "weitgespannten Lebenslinien über See" abhängig sind. Es geht um ferne Energie- und Rohstoffquellen, die für Westeuropa "existentiell wichtig" sind. Deren Absicherung - das sei hier einschränkend bemerkt - ist allerdings noch keine Aufgabe für die Bundesmarine, sondern für die Flotten der verbündeten NATO-Staaten. Für unseren Zusammenhang ist es wichtig, daß die Versorgung mit Rohstoffen nicht als Bestandteil der Handelspolitik gilt, sondern in das militärstrategische Kalkül einbezogen ist.

In der deutsch-amerikanischen Studie AirLand Battle 2000, vom Inspekteur des Heeres mit herausgegeben, geht es unter anderem um die Gefahren, die aus unserer Rohstoffabhängigkeit aus der Instabilität in den Rohstoffländern und ihrem Bemühen, zunehmend über ihre Ressourcen selbst zu verfügen, entstehen. Die Rohstoffquellen und die Seewege müssen von unseren Verbündeten militärisch abgesichert werden. "Unser Wohlstand und unsere Sicherheit sind in zunehmendem Maße von der Stabilität in der Dritten Welt abhängig." ⁴⁾

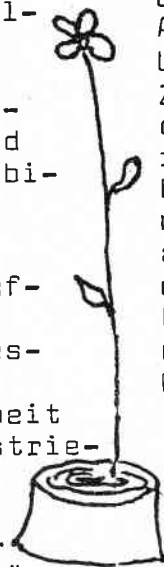
In einem kürzlich erschienen Aufsatz weist Admiral Wellershoff, der Generalinspekteur der Bundeswehr, auf die Wechselbeziehung von Außenwirtschaft und Sicherheit hin. "Als hochentwickelte Industrienation ist die Bundesrepublik Deutschland in besonderem Maße auf den sicheren Zugang zu Rohstoffen und Märkten angewiesen." Die Abhängigkeit von der Zufuhr

von Chrom, Mangan, Bauxit usw. sowie der Überschuß in der Außenhandelsbilanz erfordern sichere Seeverbindungen. Sicherheitspolitik, die als Absicherung materieller Lebensumstände verstanden wird, wirkt in alle Bereiche der Politik und des öffentlichen Lebens hinein. ⁵⁾

Mit diesen Beispielen sollte gezeigt werden, daß es der heutigen Sicherheitspolitik nicht so sehr um Freiheiten, sondern um Privilegien für einen Teil der Menschheit zu tun ist. Ob der Status quo, in dem wir leben, die Bezeichnung "Frieden" verdient, scheint mir sehr fraglich zu sein. Denn Frieden ist nicht auf dem Weg der Besitzstandswahrung und der Realisierung übersteigter Sicherheitsbedürfnisse zu erreichen. Frieden läßt sich auch nicht durch Androhen militärischer Gewalt erzwingen, weil dabei das Mittel im extremen Widerspruch zum Zweck steht.

Frieden kann eigentlich nur das Ergebnis eines Ausgleichs unterschiedlicher Interessen sein. Nur das Bemühen um eine gerechte Verteilung der Güter, die für alle Menschen in einer Menge auf dieser Erde vorhanden sind, um ihnen ein sorgenfreies Leben zu ermöglichen, kann am Ende zu einem Zustand des Friedens hinführen. Frieden hat, wie man früher schon wußte, etwas mit Gerechtigkeit zu tun. "Das Werk der Gerechtigkeit wird der Friede sein, der Ertrag der Gerechtigkeit sind Ruhe und Sicherheit für immer." (Jes.32, 17) ⁶⁾

Und dieser Friede ist nicht durch Abschreckung, sondern nur auf dem Wege der Abrüstung zu erreichen. Zur Abrüstung gehört Vertrauen, und dieses stellt sich nicht bei Abrüstungs- oder Rüstungskontrollverhandlungen ein, sondern läßt sich nur durch Vorleistungen und ein Vorangehen im Abrüstungsprozeß gewinnen. Die Verhandlungen haben bisher die Zeit der Blockkonfrontation mit ihrer Abschreckungsdoktrin, dem Gleichgewichtsdenken und der ständigen Aufrüstung begleitet. Skepsis ist angebracht, weil sie offenbar nur dazu dient, die Menschen in ihrer Friedenssehnsucht zu beschwichtigen und der jeweils anderen Seite die Schuld an der Rüstung zuzuschreiben.



Zur Zeit sieht es so aus, als ob die Abrüstungsverhandlungen zu einem Erfolg führen. Sie sind daher zu begrüßen; es ist aber an die Forderung aus der Friedensbewegung zu erinnern, die auch vom Darmstädter Signal erhoben wurde, die Pershing II und die Cruise Missile ohne Vorbedingungen abzuziehen. Diese Mittelstreckenraketen sollten nicht "wegverhandelt", sondern beseitigt werden. Denn sie wurden von den Rüstungskritikern von Anfang an als "Vorrüstung" verstanden und haben ja auch die Sowjetunion dazu provoziert, gegen den Willen ihrer ostdeutschen und tschechoslowakischen Verbündeten neue atomare Kurzstreckenraketen sowie Mittelstreckenraketen kürzerer Reichweite (bis 1000 km) aufzustellen.

Die atomare Abschreckung kann auch von ihren Befürwortern nicht als Dauerlösung akzeptiert werden, weil sie nicht nur technische Risiken in sich birgt, sondern bei einem Scheitern der Sicherheitspolitik und bei einem noch stärkeren Verfall der politischen Vernunft und Moral zu Atomkrieg führen kann. "Die Militarisierung der Denk- und Lebensweise beseitigt gar die moralischen Hemmungen auf dem Weg zum nuklearen Selbstmord," Mit dieser eindeutigen Aussage, die einem bundesdeutschen Bischof sehr gut anstehen würde, hat sich der sowjetische Generalsekretär entschieden gegen das vorherrschende militaristische Denken gewandt.⁷⁾

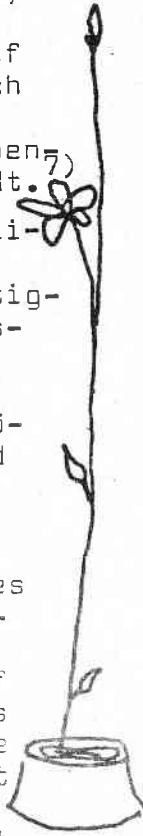
Zu einem pragmatischen oder realistischen Verhalten gehört es, menschliche Bosheit und Schlechtigkeit zu berücksichtigen. Wir müssen uns und unsere Mitmenschen vor uns selbst und vor anderen schützen. Zum Zusammenleben benötigen wir eine Rechtsordnung und auch Zwangsmittel, um Recht und Gesetz gegen den Rechtsbrecher durchzusetzen. Aber die christliche Botschaft weist über dieses Ordnungsdenken hinaus und ermuntert uns, unsere Existenz nicht auf das Zwangsrecht, sondern auf das Vertrauen zu unseren Mitmenschen zu gründen. Wir müssen die menschlichen Schattenseiten nicht übersehen, sollten uns aber in unserer Lebensorientierung nicht

zu sehr darauf einstellen. Christen sollen nicht die Sünde, sondern Gottes Güte bezeugen. Als "Zeugen der Sünde" würden sie nur Resignation verbreiten. Christen sollen in Glaube, Hoffnung und Liebe auf die Frohe Botschaft hinweisen. Sie sollen Gottes Wohlwollen und seine Treue gegenüber der Erde und ihren Bewohnern deutlich machen und sich dessen bewußt sein, daß Gott sich ihrer bei der Errichtung seines Reiches bedient.⁸⁾

Die als Realismus ausgegebene Angst zahlreicher Christen vor ihren Mitmenschen korrespondiert in eigenartiger Weise mit einem unkritischen Vertrauen in staatliche Obrigkeiten. Es erscheint ihnen unvorstellbar, daß ein an Recht und Gesetz gebundener Staat mit einer legitimen Regierung der Urheber eines ungerechtfertigten Krieges oder anderer politischer Verbrechen sein könnte. Diese naive Obrigkeitshörigkeit ist bereits bei Luther zu finden, der zwar den Angriffskrieg verurteilt, aber in Zweifelsfällen folgendes empfiehlt: "Wenn du aber nicht weißt oder nicht erfahren kannst, ob dein Herr im Unrecht ist, so sollst du den gewissen Gehorsam um des ungewissen Rechtes nicht schwächen, sondern nach der Liebe Art⁹⁾ deinem Herrn das beste zutrauen!"

Wenn es um Krieg oder Frieden geht, wäre dieses Vertrauen auch bei einer demokratisch gewählten Regierung, die dem Legitimitätsverständnis der Bürger entspricht, kaum angebracht. Auch demokratische Staaten sind zu den schlimmsten Kriegsverbrechen fähig. Es sei nur an den Bombenterror des Zweiten Weltkriegs und an die Atombombeneinsätze gegen japanische Städte erinnert. Beide völkerrechtswidrigen Handlungen wurden von angelsächsischen Demokratien verübt, deren Staatsformen uns in vieler Hinsicht als Vorbild dienen.

Auch heute haben die Demokratien des Westens ein gestörtes Verhältnis zum Völkerrecht. Während dieses untersagt, mehrere militärische Ziele und dazwischenliegende Wohngebiete als ein zusammenhängendes Zielgebiet zu beschießen - womit eigentlich Flächenbombardements und der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln ausgeschlossen wären -¹⁰⁾



halten die NATO-Staaten an ihrer Option des atomaren Ersteinsatzes fest. Aber Atomwaffeneinsätze sind im dichtbesiedelten Mitteleuropa, selbst wenn sie "selektiv" erfolgen und sich gegen militärische Ziele richten sollen, ohne massenhafte Vernichtung und Verstrahlung der Zivilbevölkerung kaum vorstellbar.

Unsere Militärdoktrin bleibt - falls die Friedenssicherung durch Abschreckung versagt - weit hinter der historischen Lehre vom bellum iustum zurück. Das ist leicht zu erkennen, wenn man nur zwei der verschiedenen Kriterien des gerechten Krieges betrachtet: Die Frage, ob man alles getan hat, um den Krieg zu verhindern, muß mit Nein beantwortet werden, denn es wurde fortwährend gerüstet, ständig Kriegsbereitschaft gezeigt und Verhandlungen verschleppt oder zum Scheitern gebracht. - Ebenso ist die Forderung nach dem gerechtfertigtem Ziel nicht zu erfüllen. Welches Kriegsziel ist so bedeutend, daß es den Einsatz von Atomwaffen erlaubt? Wer will die hohe Zahl der Opfer verantworten, die ein moderner Krieg vor allem unter der Zivilbevölkerung mit sich bringen wird? Die über allem schwebende Gefahr der Eskalation und der Totalzerstörung läßt den modernen Krieg als eine für jeden Zweck völlig ungeeignetes Mittel erscheinen.

4. Die Aufgabe der Soldaten

Wenn Frieden nicht auf dem Weg der Gewaltandrohung (= atomare Abschreckung) zu erreichen ist, wenn im Fall des Versagens der Abschreckung der Frieden nicht durch den Verteidigungskrieg zu erzwingen ist - welche Aufgabe können dann Soldaten überhaupt noch haben?

Zunächst ist einmal davon auszugehen, daß Militär und Soldaten in unserer und in anderen Gesellschaften in großer Zahl vorhanden sind. Selbst wenn es gelänge, in der Abrüstung einen Durchbruch zu erreichen und auch die konventionellen Kräfte erheblich zu reduzieren, so werden doch noch Truppen über längere Zeit aufgestellt bleiben. Sie werden dann Gegenstand einer weitergehenden Frie-

denspolitik und innergesellschaftlicher Reformen sein. Es ist durchaus denkbar und wäre sogar wünschenswert, daß sich die Soldaten selbst daran beteiligen.

Um diesen Prozeß in Gang zu bringen, ist es erst einmal erforderlich, daß sich demokratisch eingestellte Soldaten von den in der Bundeswehr gepflegten reaktionären und undemokratischen Traditionen freimachen. (Man denke nur an die Benennung zahlreicher Bundeswehrkasernen nach Generälen der Kaiserzeit!) Eine Besinnung auf die Mitwirkung von Soldaten an den Befreiungsbewegungen der Vergangenheit kann uns helfen, unseren heutigen Standort in Staat und Gesellschaft neu zu definieren.

An der Revolution 1848/49, die sich gegen die Fürstenherrschaft in den deutschen Teilstaaten richtete und aus der ein erstes Parlament (die Paulskirchenversammlung) und eine vorbildliche Verfassung hervorgingen, waren zahlreiche Soldaten beteiligt.

Die Revolution 1918/19, die den Ersten Weltkrieg und das Kaiserreich beendete und zum ersten demokratischen Staat in Deutschland führte, wurde von Soldaten, den Matrosen der Hochseeflotte, begonnen und von ihnen in den Arbeiter- und Soldatenräten wesentlich mitgeprägt. Es waren allerdings überwiegend gezogene Soldaten niedrigerer Dienstgrade. Die Armeeführung (und selbstverständlich auch die Kirchen) stand wie schon 1848/89 sozusagen auf der anderen Seite der Barrikaden.

Schließlich sei auf den fast völlig unblutigen Sturz der Diktatur in Portugal im Jahre 1975 hingewiesen, der einer Gruppe aktiver Armeeeoffiziere, hauptsächlich Majore und Hauptleute, zu verdanken ist. Sie engagierten sich für eine grundlegende Sozialreform, Aufteilung des Großgrundbesitzes usw.. Außerdem haben sie einen entscheidenden Beitrag zum Frieden geleistet, indem sie den jahrzehntelangen Kolonialkrieg in Mocambique, Angola und Guinea-Bissau beendeten und diese Länder in die Unabhängigkeit entließen.

Diese Beispiele von Soldaten, die

sich für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzen, können uns ermutigen und auffordern, ihrem Vorbild zu folgen. Für uns als politische Soldaten in der heutigen Situation geht es darum, daß wir uns im Sinne des konziliären Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung ganz konkret um eine Beseitigung der Massenvernichtungsmittel, eine Reduzierung der Armeen und eine Umorientierung zu einer strikt defensiven Strategie hin bemühen. Wir müssen zeigen, daß wir uns einer Beteiligung am Einsatz von Massenvernichtungsmitteln verweigern, ja uns überhaupt nicht an einem Krieg beteiligen werden, wenn er durch diese überzogene Abschreckungs- und Rüstungspolitik herbeigeführt wird.

"Auch wenn der Soldat seinen Dienst als 'Notdienst' in einer Übergangszeit für notwendig erachtet, ist ihm ethisch geboten, an der Überwindung der Abschreckung zu arbeiten und im gesellschaftlichen und politischen Raum nach wirksamen Handlungsmöglichkeiten zu suchen." Diese Forderung von Pax Christi aus der "Feuersteiner Erklärung" entspricht der Intention der kritischen Soldaten des Darmstädter Signals. Wir würden es begrüßen wenn sich auch andere kirchliche Gremien - neben einer eindeutigen Erklärung zugunsten der Verweigerer - zu einem ähnlichen Votum im Hinblick auf den soldatischen Dienst entschließen könnten.

Anmerkungen

1 Die Quellen sind leicht zugänglich bei: Thomas Gerhards (Hrsg.). Pazifismus und Kriegsdienstverweigerung in der frühen Kirche. Uetersen 1986 (4. Aufl.). - Pax Christi (Hrsg.). Gewaltfreiheit und Widerstand im frühen Christentum (Probleme des Friedens 3/1985)

2 Zu den Soldatenheiligen bgl. Heinrich Böll. Steht uns bei, ihr Heiligen! Wider die trügerische heidnische Göttin Sicherheit. In: Werner Hill (Hrsg.). Widerstand und Staatsgewalt. Recht im Streit mit dem Gesetz. Gütersloh 1984

3 Nr. 75 S. 43

4 Die "AirLand Battle"-Doktrin. Eine offensive Kriegsführungsdoktrin für das Schlachtfeld Europa (Militärpolitik Dokumentation 1983 Heft 34/35) S. 74ff.

5 Dieter Wellershoff. Die Sicherheitsvorsorge verlangt eine Gesamtstrategie. In: Europäische Wehrkunde 6/87 S. 307 ff.

6 Vgl. dazu den Vortrag von Jürgen Ebach. Sicherheit - Unverwundbarkeit - Frieden. In: Junge Kirche 7/8/1987 S. 397 ff.

7 in seiner Rede "Für die Unsterblichkeit der menschlichen Zivilisation" vom 16.2.1987

8 Vgl. die vom Reformierten Weltbund herausgegebene Schrift "Ihr werdet meine Zeugen sein". Neukirchen-Vluyn 1984 (besonders das Schlußwort S. 60 f.) und den Aufsatz von Hans-Joachim Kraus mit demselben Titel, Teil 2, in: Reformierte Kirchenzeitung 5/85 S. 132 ff.

9 so in seiner Kriegsleute-Schrift. Calwer Luther-Ausgabe Band 4 S. 657 (Von weltlicher Obrigkeit. Siebenstern-TB Bd. 55 1965 S.102)

10 Vgl. Heeresdienstvorschrift 100/600 "Rechtsgrundlagen für die Truppenführung" Nr. 716

11 abgedruckt in Pax Christi (Zeitschr. der deutschen Sektion) 6/86 S. 13 ff.

Jörg Schulz-Trieglaff

Zur Person des Verfassers:

Geburtsjahrgang 1939, 24 Jahre als Berufssoldat in der Bundeswehr, 1982 - 1986 als Lehrstaboffizier für Wehrgeschichte an der Offizierschule des Heeres (OSH) in Hannover, danach verschiedene Verwendungen in Stäben, seit dem 1.10.1987

nach dem Personalstrukturgesetz vorzeitig in den Ruhestand versetzt, letzter Dienstgrad Hauptmann.



Hinweis der Redaktion der Verantwortung zum Artikel von Jörg Schulz-Trieglaff Seite : Gespräche über den vorstehenden Artikel haben deutlich werden lassen, daß es widerstrebende Meinungen zu diesem Thema gibt. Die Redaktion ist an Auseinandersetzungen mit diesem Artikel und Thema interessiert. Leserbriefe, Stellungnahmen und Beiträge werden gerne entgegengenommen.

TIEFFLÜGE

AUS DER SICHT EINER MUTTER



Zwei Erlebnisse haben meine Einstellung zu dieser "militärischen Notwendigkeit" geprägt:

1. Wir hatten in der Südpfalz nach unserer Versetzung ein Häuschen mit Garten gefunden, und ich war begeistert über die ruhige, ländliche Lage und die daraus resultierenden Möglichkeiten für die Kinder. An einem Wochenende besichtigt, an einem Wochenende eingezogen, stand ich am ersten Werktag hinter dem Haus mit Blick auf die Felder. Plötzlich ein unglaublicher Lärm - Experten sagen 8 x lauter als ein Preßlufthammer - und zugleich ein riesiger Schatten unter mir. Ich erschrak furchtbar, mein Herz jagte, und die Kniee wurden weich. Unwillkürlich war ich in die Hocke gegangen und hatte mir die Ohren zugehalten.

Von einer Nachbarin, die mich gesehen hatte, erfuhr ich, daß das hier in der Urlaubs- und Kurregion an der Tagesordnung sei, besonders bei schönem Wetter.

2. Einen Tag später hatte auch unser Sohn, damals 1 1/2 Jahre, Einzug gehalten, und ich zeigte ihm im Garten seinen Buddelplatz, als wieder diese Ungeheuer auftahten, diesmal gleich 4 auf einmal, und über unserem Ort kreuz und quer flogen. Das Kind warf sich schreiend zu Boden und war lange Zeit nicht mehr dazu zu bewegen, im Sand zu spielen.

Ich konnte, eingedenk meiner eigenen Reaktion, als mein Verstand noch nicht wußte, was da mehrmals täglich auf uns zu - bzw. über uns - kommt, die Reaktion der Kinder sehr gut nachvollziehen.

Ich hatte seitdem vielfältige Gelegenheit, von Kinderreaktionen zu hören oder diese selbst zu beobachten. Angefangen bei Säuglingen, die anfangen zu schreien und sich kaum beruhigen lassen, über Kleinkinder, die friedlich eine Sandburg bauen und diese beim Einsetzen dieses infernalischen Lärmes restlos zerstören, bis hin zu Kindern im Alter von unserem Großen, jetzt 3 1/2, die schön malen und unter Tieffluglärmeinfluß anfangen zu kritzeln.

Anfangs glaubte ich noch, man könne sich mit der Zeit daran

gewöhnen, Erwachsene wie Kinder. Inzwischen habe ich aber festgestellt, daß die Kinder immerwieder und immernoch mit Angst reagieren, der Kleine ist jetzt 1 Jahr, und sich bei mir mehr und mehr hilflose Wut, angst und - obwohl ich mich sonst für eher friedfertig halte - Aggression gegen diese Gewalt, die uns unachtsichtig angetan wird, breit macht. Diese Tatsachen haben mich zwangsläufig dazu getrieben, mich mit Tiefflügen intensiver zu befassen, besonders im Hinblick auf diejenigen, denen dieser "Preis für die Freiheit" und dieser "lovely sound of freedom" zum Schutz dienen soll.

Es ist gar nicht einfach, mehr über die Auswirkungen des Tieffluglärms und der Tiefflüge schlechthin auf Kinder zu erfahren. Es existieren anscheinend 11 Studien, die sich mit der Auswirkung auf Tiere, Tierzucht u.ä. befassen, aber bisher nur 1 Vorstudie, erarbeitet im Auftrag des Bundesumweltamtes die sich 1986 mit den Kindern beschäftigt. Das bestätigt mich in meinem Eindruck, daß Tiere in unserer Gesellschaft eine weitaus stärkere Lobby haben als Kinder - sieht man von den Pseudointeressenten aus der Reihe der Geschäftemacher ab (Baby-nahrung, Kindermode, Spielzeug).

Ich möchte in meinen Überlegungen bewußt auf die Nennung von Zahlen, Prozenten und statistischen Angaben verzichten. Wir lassen uns bei unseren Protesten und zur Begründung unserer Ängste viel zu oft auf Zahlen festnageln und verlieren beim Streiten über Häufigkeit, Liter und Dezibel die Auswirkung der Tatsachen schlechthin aus dem Auge. Es ist auch unverfänglicher, die Bevölkerung mit differierendem Zahlenmaterial und dessen Bedeutung zu füttern, als die Bedeutung der zugrundeliegenden Tatsache zu bewerten und dazu eindeutig Stellung zu beziehen.

Ein Kinderarzt aus dem hiesigen Raum wies bei einem Informationsabend zum Thema "Kinder und Tieffluglärm" auf folgende Tatsachen hin:

- Bei der Verbrennung von Kerosin

werden Unmengen von Sauerstoff angesaugt und einfach verbrannt.
 - Es werden Schadstoffe freigesetzt die Erkrankungen der Atemwege begünstigen, und zwar
 Stickoxyde = Bronchitis
 Schwefeldioxyd = Pseudo-Krupp
 Asthma Bronchiale

Aus einem Artikel in einer Medizinerzeitschrift konnte ich vor kurzem entnehmen, daß gerade diese Erkrankungen bei Kleinkindern in den letzten Jahren verstärkt aufgetreten sind und -treten.

- Anlässlich der U 8 (= Vorsorgeuntersuchung für Kinder zwischen 3 und 4 Jahren) wurde bei Kindern in Gebieten mit viel Tiefflugbelastung vermehrt ein Hörverlust im Hörbereich der oberen Frequenzen festgestellt, woraus eine herabgesetzte Musikalität resultiert.
- In Tieffluggebieten wurde eine erhöhte Frühgeburtenszahl registriert.
- Bei Neugeborenen wird der Schlafrythmus nachhaltig gestört, Berichte über Folgen von Schlafentzug und Unterbrechungen der Traumphasen sind uns allen bekannt.
- Die Störung des Trinkrythmusses beim Säugling führt zu vorzeitigem Abstillen. Die Wichtigkeit der Muttermilch und der Ruhe bei der Nahrungsaufnahme ist uns ebenfalls nichts neues.
- Es wurden Entwicklungsrückstände im pseudo-sozialen Bereich beobachtet, wie z.B. Konzentrationsstörungen und Zerstörungswut sowie Angst vor allen Erscheinungen am Himmel. Dies wird auf Störungen im Spielverhalten zurückgeführt. D.H. Kinder bis ca. 15 Monate zeigen physiologisch ein destruktives Spielverhalten (z.B. Türmchen umwerfen, Papier zerreißen), das dann in ein konstruktives Spielverhalten übergeht. Unter Einfluß von Fluglärm wird dieses regressiv umgekehrt.
- Schlafstörungen führen zu Mangelerscheinungen im Abwehrsystem des Körpers. Das Kind wird anfälliger für Infekte und Eisenmangelanämie.
- Bei einer Versuchsreihe in Berlin mit Schülern, die einem Mathe-matikleistungstest unterzogen wurden, wurde eine Leistungs-

minderung von 30 % schon bei einmaliger Unterbrechung durch Flulärm registriert.

Beobachten wir uns doch nur selber, wenn wir aus einer Konzentrationsintensiven Arbeit herausgerissen werden. Wie lange dauert es, bis wir den Faden wieder gefunden haben. Wir Erwachsenen sind dabei doch in der Lage, unsere hilflose Wut mit dem Verstand zu reaktivieren. Wie sieht es damit bei Kleinst- und Kleinkindern aus? Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Reportage im ZDF "Wenn die Donnervögel kommen".

Ein Gespräch mit einem Landwirt erscheint mir dabei erwähnenswert. In unserer Nähe befindet sich eine Apfelplantage, an der die Kinder nur schwer vorbeikommen. Mir fiel auf, daß dort im vergangenen Jahr 23 Mal gespritzt wurde. Ich fragte daraufhin bei einem Spaziergang den Besitzer, ob dies denn wirklich erforderlich sei. Er meinte: "Sehen Sie, bei uns ist ein Rückgang der verschiedenen Vogelarten zu beobachten. Durch den Fluglärm ständig aufgeschreckt, verlagern die Vögel ihre Nistplätze. Das heißt für uns Landwirte, da die natürlichen Ungeziefervernichter dezimiert sind, müssen wir mehr Ungeziefervernichtungsmittel einsetzen, um die Erntemenge zu halten."

Die Gegner der Tiefflüge nehmen zu. Anruf- und Ballonaktionen werden von offizieller Seite im kommunalen Bereich unterstützt. Die zuständigen Stellen aber verträsten Beschwerdeführer unter anderem mit der Auskunft, daß in 10 bis 15 Jahren keine Tiefflüge mehr nötig seien. (Erstaunlich, was alles in 10 bis 15 Jahren nicht mehr als nötig bezeichnet wird. Sollen wir auf eine übersehbare, aber nicht akute Zeit verträstet werden?)

Für unsere Kinder kommt diese Hilfe der Experten zu spät! Deshalb schließe ich mich denen an, die fordern:

Grundsätzliches Verbot aller militärischer Tiefflüge!

Als Zwischenschritte auf dem Weg dahin sind u.a. zu fordern:

- Rückhaltlose Information über Gefährdung.
- Eine völlige 2-stündige Mittags-

pause.

- Keine Flüge unter 500 m Flughöhe.
- Keine Nachtflüge.
- Keine Kampfübungen über bewohntem Gebiet.
- Vorherige Information über zu erwartende besondere Belastungen.

Übrigens: Mit Skyguard und Flug-schreibern kann doch etwas nicht stimmen, wenn Anfang April 1987 der Einsatzleiter einer Skyguardaktion, Major Kurt Hamann, gegenüber "Rheinpfalz" die Verstöße gegen die gesetzlich vorgeschriebene Mindest-flughöhe als überdurchschnittlich hoch bezeichnete. Als ein Abgeordneter des Landkreises daraufhin im Verteidigungsministerium genaue Zahlen wissen und erfahren wollte, wolle, welche Konsequenz den Piloten drohe, hieß es im Antwortschreiben des parlamentarischen Staatssekretärs im Verteidigungsministerium, daß bei diesem Einsatz kein Verstoß festgestellt worden sei.

Gabriele Kolain

Angeblich Menschenversuche mit Tiefflieger-Lärm geplant

HAMBURG/BONN (AP) Das Bundesgesundheitsamt will nach einem Bericht des Hamburger Nachrichtenmagazins „Der Spie-gel“ die Wirkung von Tieffluglärm auf den menschlichen Organismus in einem „Men-schenexperiment“ erforschen. Zu diesem Zweck sollten Männer eine Woche lang dem Lärm von Düsenflugzeugen ausgesetzt werden, die niedriger als die zulässigen 75 Meter fliegen, berichtet das Magazin in seiner jün-geren Vorlage für Bundesverteidigungsmini-ster Wörner bereits bereit erklärt, für diesen Versuch Soldaten zu einer „Übung“ auf ein Ge-mälde in Meppen in Niedersachsen abzukom-mandieren.

WK 8.2.1988

Soldaten ohne Probleme mit dem Arbeitsmarkt

NÜRNBERG (dpa) Für Soldaten der Bundeswehr gibt es offenbar kaum Probleme beim Übergang ins zivile Berufsleben. Die meisten der 20 000 jährlich ausscheidenden Zeitsoldaten wie auch die bis zu 200 000 Wehr-pflichtigen fänden umgehend Arbeit oder seien nur kurzzeitig arbeitslos. Das betonten der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Franke, und der Generalinspekteur der Bundeswehr, Admiral Wellershoff. Mit einer seit 1987 geltenden Neuregelung im Soldatenver-sorgungsgesetz können jetzt Zeitsoldaten bis zu einem halben Jahr Arbeitslosenhilfe bezie-hen. Davon haben im vergangenen Jahr 2500 Betroffene Gebrauch gemacht. Zudem müs-sen arbeitslose Reservisten nach Wehrübun-gen nicht erneut einen Antrag auf Arbeitslo-sengeld oder -hilfe stellen.

Wies-
badener
Kurier(WK)
vom
10.2.88

S Vom glücklichen Sklaven

- Beschreibung einer Figur aus fernen Ländern und Zeiten

"Das ganze Land gehörte einem sehr großen Herrn, der sich Moctezuma nannte, und ihm dienten alle Herren jener Gegend, denn in jedem Dorf gab es einen Herrn oder Statthalter, aber sie alle waren seine Vasallen."

(1)

"Die Größe der Länderherrschaft des besagten Moctezuma war unermesslich. Seinen Befehlen wurde überall gehorcht. Er war so gefürchtet von allen, Gegewärtigen und Abwesenden, wie niemals ein Fürst der Welt es mehr gewesen ist." (2)

Die Untertanen des Moctezuma waren vollkommen domestiziert. Er erhielt von ihnen mehr als Arbeitsleistung gegen Lohn. Die ganze persönliche Lebensführung war auf die Wünsche des Herrschers ausgerichtet. Der Untertan war immer im Dienst seines Herrn. Wenn Moctezuma rief, vergaßen selbst Kaziken die Liebe zu Frau und Kindern. Keiner war sein eigener Herr. Der Dienst für den Herrn hatte Vorrang vor den Verpflichtungen für die Familie. Im Vergleich zur Dienstverpflichtung war das Familienleben als zweitrangig deklariert. Die Frauen ertrugen diese Zurücksetzung, denn sie waren patriarchalisch erzogen.

"Gewöhnlich wurden den Töchtern vor allem drei wesentliche Dinge aufgetragen und ans Herz gelegt: erstens die pünktliche Verehrung der Götter; zweitens, das gute Betragen...; drittens, die Liebe, die Ehrfurcht und die Dienstfertigkeit ihrem Mann gegenüber." (3)

Die Pünktlichkeit und das Leben

nach der Uhr wurden für einen hohen Wert gehalten. Die Leistungen der Azteken in Mathematik und Astronomie werden noch heute bewundert.

Die Arbeitszeit selbst war grundsätzlich unbegrenzt. Die Untertanen des Moctezuma waren glückliche Sklaven. Ihr Dasein ohne Arbeitszeitordnung war ihnen selbstverständlich. Sie waren voller Verständnis für die Forderungen, Belange und Interessen ihres Herrschers. Die eigene Sozialität zählte nichts. Gegen reine Herrschaftsinteressen sich zu wenden, erfüllte sie mit Angst.

"Die Kaziken erschrakten aufs äußerste über die Vermessenheit, welche ihnen zugemutet wurde..." (4)

Die nicht begrenzte Arbeitszeit konnte nicht fortwährend sinnvoll genutzt werden. Sie wurde aber immer mit Fleiß gefüllt. Untätige waren den glücklichen Sklaven ein Greuel. Schweiß und künstliche Hektik ertrugen sie leichter als Denkpausen. Die hohe Korrelation von Intelligenz und Faulheit fiel ihnen nicht auf. Der Erfinder des Rades war ihnen suspekt als einer, der nur zu faul war, die Säcke auf dem Rücken zu schleppen. Die Indios zur Zeit des Cortés benutzten das Rad nicht. Das Ballspiel dagegen kannten sie. Mit Ballspielen verdrängten die unmündigen Sklaven die Kraft zur politischen Aktivität.

"Nichts bietet indessen ein so bewundernswertes Schauspiel wie die zahlreiche Menge von Indios, wenn sie sich dem Spiel hingeben. ... Dann, sobald der Ball ins Feld eingeworfen ist, hüpfen alle begeistert und ohne Unterlaß umher." (5)

Der glückliche Sklave liebt politische Veränderungen nicht. Er fürchtet seine eigene Befreiung. Sie würde ihm die gemächliche und bequeme Ruhe seines Daseins und Soseins rauben. Entscheidungen selbständig, mit Risiko behaftet, ohne Möglichkeit der Absicherung von oben her, treffen zu müssen, würde ihm Schlafstörungen verursachen. Selbständiges Denken, mit der Möglichkeit zu irren, ist ihm ein Alptraum.

Skawen glück

Die Feldherren des Moctezuma waren bei der Ankunft der Spanier ratlos und ohne Befehl ihres Herrschers verunsichert. Ein systemwidrig selbständig denkender und handelnder Untertan fand nur Strafe, kein Gehör. "Niemand hatte ihn geschickt, keiner von den Beamten. Er kam aus eigenem Antrieb. ... Der Mann ... hatte keine Ohren und keine Zehen, sie waren ihm abgeschnitten worden. Moctezuma sagte zu seinem petlacatl: "Bringe ihn in das Gefängnis und bewache ihn gut!" (6)

In einer Gesellschaft, die von der Mentalität der Skawen und Skawenhalter geprägt ist, müssen die Besten viel leiden.

Nonkonformität gilt als strafwürdiges Laster, als kranke und zu heilende Abartigkeit. Niemand soll die Einheitlichkeit verletzen, die sterile herrschergewollte Ordnung stören.

Glückliche Skawen lieben strenge Hierarchien mit gefestigter Ordnung. Die starre, leblos verkrustete Rangordnung schützt vor individuellem Abstieg und erlaubt den Traum von Aufstieg vom Unter-, zum Mittel- und Oberskawen, vielleicht sogar zum Hausskawen und Palmenwedler zur Rechten des Herrschers. Dieser Aufstieg ist illusionär und nur scheinbar. Auch der Palmenwedler hat an der eigentlichen Macht nur den Hauch eines Anteiles. Reformgedanken sind da störend. Sie kratzen an der schimmligen Tünche. Kritik aus den eigenen Reihen wird nicht als Stabilisierung durch die Zeit, als notwendige Anpassung an eine sich verändernde lebendige Umwelt begriffen, sondern als blasphemisches, aufrührerisches Machtfragestellen abgewiesen oder beiseite geschoben. Kritik ist dem glücklichen Skawen fremd oder gar verhaßt. Je tönerner die Füße des Machtkolosses sind, desto rigider, selbstempfindlicher und allergischer reagiert er auf Kritik.

Kritik setzt eigenes Denken notwendig voraus. Der glückliche Sklave lehnt sich lieber an die Meinung seines Herrschers an, auch

wenn diese ohne Denken entstanden war. Widerspruchslos nimmt es der glückliche Sklave hin, daß der Herrscher ihm diktiert, mit wem und was er diskutieren darf. Die vom Herrscher vorgestanzten Sprechzettel liest der puppenhafte Sklave ab oder lernt sie auswendig. Die vorgeschriebenen Sprachregelungen befolgt er. Er spricht nicht wirklich selbst. Er ist nur die Stimme seines Gebieters.

Das Ungenügen an eigener Identität, die Inhaltsleere der Persönlichkeit überkompensiert der Typus des glücklichen Skawen mit äußerem Tand.

Die Spanier "fragten ... Moctezuma nach ... den Rangabzeichen der Krieger, nach den Schilden. ... (Es wurden) ihnen gezeigt: der Goldschmuck, die Federn, der Feder-schmuck, die reichverzierten Schilde, die ... Brustscheiden, ... die Nasenpflöcke, die goldenen Beinschienen, die ... Handgelenkriemen ...". (7)

Der glückliche Sklave glaubt sich selber unvergleichlich wichtig. Er ziert sich gerne mit billigen, bunten Bändern, Stoffetzen und Blechstücken. Er wäre beleidigt, wollte ein Kind ihm sagen, er sei mit wertlosem Tand wie Neger mit farbigen Glasperlen um gerechten Lohn betrogen worden.

Je weniger weise und menschlich der Sklave ist, desto abhängiger ist seine Unpersönlichkeit von den fremdgemachten, äußeren Insignien der Würde und des Wertes.

Die schlechteste Ware hat die schön glitzernde Verpackung am nötigsten, um sich am Markt behaupten zu können.

Um sich selber seinen Selbstwert zu bestätigen, glaubt der glückliche Sklave unbewußt, viel kommandieren zu müssen. Wo das Umfeld für urlautliche Kommandoschreie zu zivilisiert ist, läßt sich das Gefühl der eigenen Wichtigkeit auch durch die Bedrückung der Zeit anderer, die das aushalten müssen, mit endlosen Tiraden und Ansprachen rauschhaft erzeugen.

Sklavenbesprechungen sind dadurch gekennzeichnet, daß die Untersklaven die Vorschläge des mittel- oder Obersklaven pseudodemokratisch akklamieren. Die vorgefaßte Meinung des Mittelsklaven wird jedenfalls nie überstimmt. Der feudale Proklamationscharakter bleibt im Kern immer gewahrt. So kommt es, daß der Vielhaberirrsinn, eine häufige Herrschergeisteskrankheit, unkorrigiert bleibt, zu Lasten der ganzen Gesellschaft.

Mehr materielle Güter als sinnvoll werden bevorratet und aufgehäuft, zu Lasten der Befriedigung dringlicherer Bedürfnisse.

Mehr Waffen als man jemals Feinde damit bekämpfen können wird, mehr Nahrungsmittel als der Herrscher je wird essen können, mehr Steine als nötig sind, eine Leiche zu bedecken, werden zu irrsinnigen Pyramiden aufgetürmt. Die Ärmsten des Volkes hungern und frieren dafür. Solche Herrscherrücksichtslosigkeit läßt sich gut mit entwurzelten Sklaven durchsetzen. Der glückliche Sklave ist leicht entwurzelt. Ohne großes Murren lebt er in den billigen Katen des Gebieters zusammen mit seinesgleichen. Eine eigene Hütte ist ihm zuweilen erlaubt, wenn er sich die Kosten lebenslang abspart, aber wohnen kann er in seiner Hütte nur kürzer. Der Herrscher braucht ihn woanders. Selbst wenn der Herrscher ihn woanders nicht braucht, liebt es der Herrscher, den glücklichen Sklaven trotzdem von einem Ort zum anderen zu senden.

Der Sklave bleibt dadurch Partikel in anonymisierter, manipulierbarer Masse ohne tiefe, langfristige Bindung an die soziale Vernetzung der Freien. Die Freiheit der Freien läßt sich mit Hilfe einer distanzierten Masse begrenzen. Sklavensmassen mit Werkzeugcharakter in der Hand des Sklavenhalters sind der Hammer zur Erhaltung der Macht des Herrschers. Seine Verfügungsgewalt über den Aufenthaltsort des Sklaven kann der Gebieter zur Demonstration seiner Macht und zur Disziplinierung benutzen.

Jede Provinz hat ihr Sibirien.

Der unglückliche, verzweifelte, sich am Ende seiner irdischen Kraft fühlende Sklave glaubt an Gott, an Jesus Christus, der alle Menschen zur Freiheit befreit hat.

Der glückliche Sklave fürchtet seinen Herrscher mehr als Gott den Herrn. Die äußere Form wird eingehalten, die schuldigen Gebete werden pünktlich im Sonntagsornat entrichtet und des werktags spricht der glückliche Sklave von Brüderlichkeit und vom Mitmenschen im Mittelpunkt.

Aber er handelt nicht aus dem Glauben. Die Mit- und Untersklaven des verzweifelten Sklaven sind diesem Bruder in der gemeinsamen Not, dem glücklichen Sklaven sind sie nur Mittel zum Zweck der Pflege der eigenen Aufstiegsillusion oder der eigenen Machtgelüstabefriedigung. Ohne befreiende Religion als eine das Leben und Handeln durchdringende Kraft bleibt jede Gesellschaft eine utilitaristische Sklavengesellschaft ohne echte Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Das Gerede davon kann die praktizierte unmenschliche Lieblosigkeit im tagtäglichen Umgang miteinander nur oberflächlich und scheinbar übertünchen.

Der größte Feind der Freiheit ist der glückliche Sklave. Herrscher mit glücklichen Sklaven als Untertanen sind so sicher wie Moctezuma.

Als Cortés ihn verhaftete, halfen Riesenarmeen nichts. Angstvoll schnell und mit feigen Herzen fügten sich die disziplinierten Indios unter die neue Herrschaft. In nur 2 Jahren unterwarf Cortés mit ganzen 670 Mann die mexikanischen Völker, vorab das aztekische Riesenreich. Es wurde den Indios abverlangt "... sie sollten kommen, sich unterwerfen ...". Diejenigen, welche nun nicht gleich herbeieilten, diese unvernünftige und närrische Forderung zu erfüllen und sich den Händen so ruchloser, grausamer und viehischer Menschen anzuvertrauen, die nannten sie Rebellen und Aufrührer, welche sich dem Dienste seiner Majestät entziehen wollten. ... Und gesetzt

AUS EINEM GOTTESDIENST

Fortsetzung von Seite 1

stalten der wenigen übriggebliebenen Rechtlichen, Wahrhaftigen, Menschlichen erweisen. Andere Zeiten erlebten es, daß die Bösen zu Christus fanden und die Guten ihm fernblieben. Wir erleben es, daß die Guten Christus wiederfinden und die Bösen sich gegen ihn verstocken. Andere Zeiten konnten predigen: ehe du nicht ein Sünder geworden bist wie diese Zöllner und diese Dirne, kannst du Christus nicht erkennen und finden. Wir müßten eher sagen: ehe du nicht ein Gerechter geworden bist wie diese um Recht, Wahrheit, Menschlichkeit Kämpfenden und Leidenden, kannst du Christus nicht erkennen und finden. Es sind beides gleich paradoxe, an sich unmögliche Sätze. Aber sie bezeichnen die Situation. Christus gehört den Bösen und den Guten, er gehört ihnen beiden nur als Sündern, d.h. als in ihrem Bösen und in ihrem Guten vom Ursprung Abgefallenen. Er ruft sie zum Ursprung zurück, daß sie nicht mehr gute und böse, sondern gerechtfertigte und geheiligte Sünder seien. Aber bevor wir dieses Letzte sagen, indem Böse und Gute vor Christus eins sind und indem der Unterschied aller Zeiten vor Christus aufgehoben ist, dürfen wir der Frage nicht aus dem Wege gehen, die uns durch unsere eigene Erfahrung und Zeit gestellt ist, nämlich was es bedeutet, daß die Guten Christus finden, mit anderen Worten, welches das Verhältnis Jesu Christi zu den Guten und zu dem Guten ist.

In der Feier des Gottesdienstes machen Menschen neue Erfahrungen mit dem Glauben, merken, daß der Glaube dem Leben neue Form gibt: Freude und Dankbarkeit, Widerstandskraft für Notlagen, Vertrauen, hellhöriges Gewissen, Mut zum Neuanfang, Zuneigung zum Nächsten, die Bereitschaft, sich ändern zu lassen.

Alles Gute
im Gottesdienst

..... Vom Glück
auch, sie brachten dies oder jenes andere Volk auf der Erde durch Furcht oder Drohungen dahin, daß es gehorchte und die Oberherrschaft eines ausländischen Königs wirklich anerkannte, sahen denn diese blinden, von Stolz und teuflischem Geiz besessenen Menschen nicht ein, daß sie dadurch nicht das geringste Recht über sie erlangten?" (8)

Dieter Fuchs

Literaturhinweise

- 1) Andrés de Tapia: Crónicas de la Conquista. Introducción, selección y notas de A. Jáñez. Mexiko 1963.
- 2) Hernán Cortés: Cartas de relación Aus: Drei Berichte des General-Kapitains von Neu-Spanien, Don Fernando Cortés an Kaiser Karl V. Berlin 1843.
- 3) Fray Bartolomé de las Casas: Historia de las Indias. Aus: Los Indios de Mexiko y Nueva España. Antología. Edición de Edmundo O'Gorman, Editorial Porrúa. Mexiko 1971.
- 4) Bernal Díaz del Castillo: Historia verdadera. Aus: Denkwürdigkeiten des Hauptmanns Bernal Díaz des Castillo oder Wahrhafte Geschichte der Entdeckung und Eroberung von Neu-Spanien. Bonn 1844.
- 5) Rafael Landívar: Rusticatio mexicana. Aus: Por los campos de México. Mexiko 1942.
- 6) Hernando del Alvarado Tezozómoc: Crónica Mexicana. Aus: Rückkehr der Götter. Die Aufzeichnungen der Azteken über den Untergang ihres Reiches. Hrsg. von Mignel Léon-Potilla u. Renate Heuer, Köln 1962.
- 7) Ders.: Codex florentino. Ebenda
- 8) Fray Bartolomé de las Casas: Aus: Kurzgefaßter Bericht von der Verwüstung der westindischen Länder. Hrsg. v. H.M. Enzensberger, Frankfurt am Main 1966.

Aufruf zur rechten Freiheit

5 Zur Freiheit hat uns Christus befreit!
So steht nun fest und laßt euch nicht wieder das Joch der Knechtschaft aufliegen! Der Brief des Paulus an die Galater

Immer wieder hat die Kirche, wo sie sich auf die Schrift gründet, über das Verhältnis Jesu Christi zu den Bösen und zum Bösen nachgedacht. In den reformatorischen Kirchen ist diese Frage beherrschend gewesen, ja es gehörte zu den entscheidenden Erkenntnissen der Reformation, hier das evangelische Wort in neu-testamentlicher Tiefe und Fülle gesprochen zu haben. Dagegen blieb die Frage nach dem Verhältnis des Guten zu Christus merkwürdig unberührt. Der Gute war hier entweder der Pharisäer und Heuchler, der von seiner Bosheit überzeugt werden mußte, oder es war der aus seinem Bösen zu Christus Bekehrte und nun durch ihn zu guten Werken Instandgesetzte. Das Gute war dementsprechend entweder das splendidum vitium der Heiden oder aber die Frucht des Heiligen Geistes. Damit war nun freilich die Frage nach dem Verhältnis Jesu Christi zum Guten keineswegs erschöpfend, vielmehr wurde durch die Vernachlässigung dieser Frage aus dem Evangelium nur noch der Bekehrungsruf und Sündentrost für Trinker, Ehebrecher und Lasterhafte aller Art, und das Evangelium verlor seine Kraft an den Guten. Über die Bekehrung des Guten zu Jesus wußte man wenig zu sagen."

*splendidum vitium = schön scheinender Fehler, Schaden; eine Form von Sünde, der man ihr Sündigsein nicht sofort ansieht.



Hören und
Handeln

Alles Gute
im Gottesdienst

Gott will, daß allen Menschen geholfen wird. Den Hungernden ebenso wie denen, die nicht ein noch aus wissen. Wie können wir helfen? Jesus gibt uns Beispiele. Im Gottesdienst wird von ihm erzählt. Damit wir handeln können.

II. Auch die Guten bedürfen der Gnade

Aus: Epheserbrief 2, 4-10 (Epistel-lesung für den 11. Sonntag nach Trinitatis)

"Gott, der reich ist an Barmherzigkeit, hat in seiner großen Liebe, mit der er uns geliebt hat, auch uns, die wir tot waren in den Sünden, mit Christus lebendig gemacht - aus Gnade seid ihr selig geworden -; und er hat uns mit auferweckt und mit eingesetzt im Himmel in Christus Jesus, damit er in den kommenden Zeiten erzeuge den Überschwenglichen Reichtum seiner Gnade durch seine Güte gegen uns in Christus Jesus. Denn aus Gnade seid ihr selig geworden durch Glauben, und das nicht aus euch: Gottes Gabe ist es, nicht aus Werken, damit sich nicht jemand rühme. Denn wir sind sein Werk, geschaffen in Christus Jesus zu guten Werken, die Gott zuvor bereitet hat, daß wir darin wandeln sollen."

**Selbstgerecht
ist immer
schlecht...**

Wir Menschen laufen mit einer gehörigen Portion Dickköpfigkeit und Selbstgerechtigkeit durch die

Gegend. Ob uns deshalb so wenig Frieden gelingt? Gott will uns menschlicher machen. Durch sein Wort. Hören wir doch endlich hin.

Alles Gute
im Gottesdienst

III. Vom Nein-Sager zum Ja-Sager

Predigt im Gottesdienst am 11. Sonntag nach Trinitatis, den 30. August 1987,

in der Evang. Kirche in Wiesbaden-Sonnenberg,
gehalten von Pfarrer Dr. Karl Martin

Der Predigttext findet sich im Matthäusevangelium 21, 28-32 (Jesus möchte mit den Hohenpriestern und Ältesten des Volkes ins Gespräch kommen und trägt ihnen das

Gleichnis von den ungleichen Söhnen vor, eingeleitet mit einer sie herausfordernden Frage): "Was meint ihr aber? Es hatte ein Mann zwei Söhne und ging zu dem ersten und sprach: Mein Sohn, gehe hin und arbeite heute im Weinberg. Er antwortete aber und sprach: Nein, ich will nicht. Danach reute es ihn und er ging hin. Und der Vater ging zum zweiten Sohn und sagte dasselbe. Der aber antwortete und sprach: Ja, Herr! und ging nicht hin. Wer von den beiden hat des Vaters Willen getan? Sie antworteten: Der erste. Jesus sprach zu ihnen: Wahrlich, ich sage euch: Die Zöllner und Huren kommen eher ins Reich Gottes als ihr. Denn Johannes kam zu euch und lehrte euch den rechten Weg, und ihr glaubtet ihm nicht; aber die Zöllner und Huren glaubten ihm. Und obwohl ihr's saht, tatet ihr dennoch nicht Buße, so daß ihr ihm dann auch geglaubt hättet."

Liebe Gemeinde,
das Gleichnis von den ungleichen Söhnen scheint all jenen so richtig nach dem Mund gesprochen, die sich schon immer an der Scheinheiligkeit frommen Redens gestoßen haben. Auf das Tun des Willens Gottes kommt es an.

Es gibt Ja-Sager, die dann doch Nein-Tuer sind. Ihr Ja bleibt ohne praktische Konsequenzen im Alltag. Und es gibt Nein-Sager, die dann doch zu Ja-Tuern werden. Sie Überlegen es sich nach ihrem ersten Nein noch einmal. Trotz ihres anfänglichen Nein in der Rede kommt es zu einem Ja in der Tat.

Angesprochen werden von Jesus in dem Gleichnis die Ja-Sager, die Frommen, die Kirchgänger, alle, die an Gott glauben und sich zu Gott bekennen. Ihr Ja-Sagen wird dort entlarvt, wo es ohne praktische Konsequenzen bleibt.

Es freuen sich darüber die Nein-Sager, diejenigen, die daheimgeblieben sind, diejenigen, die mit der Bibel nichts anfangen können, diejenigen, für die es Gott so wie in der Bibel beschrieben nicht gibt und die auch vieles an Jesus für eine Erfindung halten.

Die Nein-Sager freut an Jesus, daß er die Ja-Sager kritisiert. Die Nein-Sager sehen insofern eine Übereinstimmung mit Jesus, als es auf die Tat ankommt. Nicht fromme Sprüche, das praktische Verhalten ist entscheidend. Die Veränderung der Verhältnisse zählt. Konsequenzen bis in den politischen Bereich sind notwendig. Das Reich Gottes ist im Grunde eine gesellschaftspolitische Zielvorgabe.

Die Nein-Sager freuen sich darüber, daß die Ja-Sager eins ausgewischt bekommen. Schon immer hat es die Nein-Sager genervt, daß man ihnen vorhielt: Ihr müßt Ja-Sager werden. Ihr müßt zum Glauben kommen. Ihr müßt in die Kirche gehen.

Die Nein-Sager sind Bürgerinitiativen, in Parteien und Vereinen tätig. Die Nein-Sager organisieren Straßenfeste und kümmern sich um Kinderspielplätze. Die Nein-Sager engagieren sich. Das findet Anerkennung.

Die Nein-Sager haben das Gefühl, daß sie es beim Tun mit den frommen Ja-Sagern durchaus aufnehmen können. Das viele In-die-Kirche-Rennen bringt's auch nicht. Also was soll's? Warum sollen wir Ja-Sager werden.

Schauen wir genauer hin. Es ist ja nicht so, daß Jesus in seinem Gleichnis die Ja-Sager, die nichts tun, tadelt, während er an den Nein-Sagern lobt, daß sie etwas tun. Vielmehr: Auch die Nein-Sager tun in dem Gleichnis anfangs nichts. Bevor sie zu Tätern des Willens Gottes werden, müssen sie zu Ja-Sagern des Willens Gottes werden.

Viele meinen: Man kann Gutes tun, auch ohne in die Kirche zu gehen, ohne an Gott zu glauben, ohne in der Bibel zu lesen. Viele möchten in dieser Ansicht bestätigt werden. Im Grunde möchten sie hören: Das alles brauchst du nicht. Du tust es sowieso nicht. Und jetzt sage ich dir noch: Du brauchst es auch nicht. Am liebsten hören die Menschen so etwas vom Pfarrer.

Jesus jedenfalls bestätigt solche Meinungen nicht. Jesus will nicht sagen: Man kann Gutes tun und gleichzeitig bewußt den Glauben an

Gott verweigern. Jesus will nicht sagen: Ob du an Gott glaubst oder nicht, ist egal. Ob du auf Gottes Wort hörst und nach dem Willen Gottes fragst und dich zur Gemeinde Gottes hältst, ist egal. Das alles will Jesus nicht sagen. Jesus will nur sagen: Wenn du Ja sagst, kann das nicht ohne Konsequenzen bleiben.

Selig sind die, die, weil sie sich für Gerechtigkeit einsetzen, verfolgt werden, denn das Himmelreich ist ihr, sagt Jesus in der Bergpredigt. Dietrich Bonhoeffer bemerkte dazu in seiner Ethik: "Die falsche Ängstlichkeit jener Christen, die jedem Leiden um einer gerechten, guten, wahren Sache willen ausweichen, weil sie angeblich nur bei einem Leiden um des ausdrücklichen Christusbekenntnisses ein gutes Gewissen haben, jene Engherzigkeit also, die jedes Leiden um einer gerechten Sache willen verdächtigt und von ihm abrückt, wird durch diese Seligsprechung Jesu kräftig ins Unrecht gesetzt."

Jesus nimmt sich derer an, die um einer gerechten Sache willen leiden, auch wenn es nicht gerade das Bekenntnis seines Namens ist, er nimmt sie in seinen Schutz, in seine Verantwortung, in seinen Anspruch hinein."

Es ist also egal, wie diejenigen, die sich für das Gute und für die Gerechtigkeit mit allem Ernst einsetzen und dafür persönliche Nachteile und Leiden auf sich nehmen - ist es egal, wie sie zu Jesus stehen? Ist es egal, ob sie zur Offenbarung Gottes in Christus Ja sagen oder Nein sagen? Kommt es nur darauf an, ob jemand Gerechtigkeit tut und für Gerechtigkeit leidet? Bonhoeffer führt aus, daß Christus die Täter der Gerechtigkeit und die Leider für Gerechtigkeit nicht nur in seinen Schutz und in seine Verantwortung, sondern auch in seinen Anspruch hineinnimmt. "So wird der um einer gerechten Sache willen Verfolgte zu Christus geführt, so geschieht es, daß sich ein solcher in der Stunde des Leidens und der Verantwortung - vielleicht zum ersten Mal in seinem Leben, ihm selbst fremd und überraschend, aber



doch in innerster Notwendigkeit - auf Christus beruft und sich als Christ bekennt, weil ihm seine Zugehörigkeit zu Christus erst in diesem Augenblick aufgeht."

Den Nein-Sagern sei gesagt, daß sie nicht den geringsten Grund zur Selbstgerechtigkeit haben. Würden sie wirklich mit allem Ernst das Gute suchen und um der Gerechtigkeit willen den Konsequenzen nicht ausweichen, wären sie nicht auf eine billige Bestätigung für ihr Nein-Sagen aus. Ginge es ihnen wirklich um das Tun des Guten, würden sie in Christus eine Menge wiedererkennen von dem, was ihnen selbst wichtig ist. Gottes Gebote und Verheißungen wären ihnen wichtige Bestätigung und Motivation. Sie würden erkennen, daß wir mit unserem Tun uns die zum Leben notwendige Bestätigung unserer Person nicht selbst schaffen können, sondern auf Gottes Ja angewiesen bleiben.

"Denn wir sind sein Werk, geschaffen in Christus Jesus zu guten Werken, die Gott zuvor bereitet hat, daß wir darin wandeln sollen" (Epheserbrief 2,10).

Der Schlechte kann in dem Irrtum befangen sein, daß er noch deswegen auf Gnade angewiesen ist, weil er

noch nicht gut ist. Zur Reife und Weisheit des Guten gehört, daß ihm dieser Irrtum zunehmend vergeht. All unser Gutsein, wenn es denn diesen Namen wirklich verdient und nicht aus willkürlichen subjektiven Zielsetzungen entspringt, fließt aus Voraussetzungen, die wir selbst nicht geschaffen haben. Unser Ja zum Tun des Willens Gottes ist im Grunde nur dieses, daß wir Gottes Ja in unserer Seele aufnehmen, daß wir Gottes Ja in unserem Herzen, Denken und Verhalten groß werden und sich auswirken lassen. Wir spüren, daß es ein Grund zu großer Dankbarkeit ist, wenn wir etwas von dem neuen Menschen sein dürfen, zu dem uns Gottes Liebe verwandeln will.


Mit dem Gleichnis von den ungleichen Söhnen fühlen sich die Ja-Sager mit Recht angesprochen. Das Ja-Sagen ohne Konsequenzen soll entlarvt werden. Und die Nein-Sager: Sie haben sich zu früh gefreut. Trotz aller Kritik an den Ja-Sagern: Jesus möchte, daß wir nicht Nein-sager bleiben, sondern Ja-Sager werden, konsequente, tatbereite Ja-Sager, bei allem Tun immer wieder auf Gott bezogene und von ihm Rechtfertigung und Bestätigung empfangende Ja-Sager. Amen.

Alles Gute im Gottesdienst

E
G
E
N

Der Drohende Tod
Tausend Kohlweißlingraupen
starben am Kohl.
Tausend Vögel starben an den
Kohlweißlingraupen.
Nur 0,01 % der Menschen starben.
Dank dieses Teufelzeugs

Bernhard Rockslöh

Den Drohenden Tod 

Wir begrüßen als Ehrenmitglied im
Dietrich-Bonhoeffer-Verein

Kirchenrat Hermann Wagner, Militärdékan a.D.

Kriegsteilnehmer 1939 - 1945

In der Militärseelsorge 1961 - 1983,

zuletzt als Evang. Wehrbereichsdekan VI in München und damit zuständig für die Evang. Hochschulgemeinde (EHG) und den Evang. Pfarrer bei der Hochschule der Bundeswehr München in Neubiberg. Nach seiner Verabschiedung in den Ruhestand ist Hermann Wagner in den Beirat der EHG berufen worden, in dem er bis zum heutigen Tag mitarbeitet.

Es ist uns allen eine große Freude, daß unser ehemaliger Wehrbereichsdekan H. Wagner die Ehrenmitgliedschaft in unserem Verein angenommen hat. H. Wagner hat über viele Jahre unsere Arbeit mit seinem Verständnis und mit seiner Anteilnahme gefördert. Ohne die Möglichkeiten, die er uns als Wehrbereichsdekan eingeräumt hat, gäbe es heute keinen Dietrich-Bonhoeffer-Verein. Dafür schulden wir ihm unseren Dank.

Bei seiner Verabschiedung in den Ruhestand am 4. Oktober 1983 ließ Hermann Wagner seinen Dankesworten ein paar thesenhafte Aspekte aus seinem Tätigkeits- und Erfahrungsbereich als Wehrbereichsdekan folgen. Er führte bei dieser Gelegenheit aus:

1. Ich verstand mich in der Militärseelsorge (1961-83) zuerst als PFARRER meiner Kirche - bei der Ordination verpflichtet auf die Heilige Schrift und das Bekenntnis der Kirche. Gott zur Sprache zu bringen für den heutigen Menschen im Angebot der Predigt, der Sakramente und der Seelsorge ist für mich der genuine und originäre Auftrag im Dienst der Kirche unter den Soldaten. Evangelium, "die gute Nachricht", bedeutet Freude am Leben, Orientierung nach einem guten und richtigen Weg, Kurskorrektur, wenn das "rote Alarm-

lämpchen" aufleuchtet, aber auch Leben im Widerspruch, in Spannung und Anfechtung.

2. Daraus folgt: Das Augenmerk des Militärseelsorgers gilt vorrangig den SOLDATEN aller Dienstgrade und ihren Familien in ihren jeweiligen Lebens- und Arbeitsbezügen. Der Pfarrer ist Anwalt, nicht "Staatsanwalt" für die ihm anvertrauten Menschen, die er als Gemeindeglieder sammelt, begleitet und betreut.

Was ihre Institutionen und Strukturen angeht, so haben Militärseelsorge (Kirche) und Bundeswehr (Staat) von Anfang an auf Grund ihres jeweils besonderen Auftrages zugleich Partnerschaft wie Distanz praktiziert ("Kritische Solidarität"). Etwa die Bundeswehr zu legitimieren, ist Sache des Politikers, nicht des Militärpfarrers. Die jeweilige Regierungspolitik und Sicherheitsstrategie zu rechtfertigen, ist nicht seines Amtes.

3. Die Militärseelsorge setzt ein Zeichen, daß der Soldat in der evangelischen Kirche selbstverständlich eine HEIMAT hat. Der Seelsorger nimmt Partei für Soldaten wie für Verweigerer aus Gewissensgründen gegenüber ungerichteten Anschuldigungen und Diffamierungen. Diese werden theologisch kriminell, wenn einer dem anderen das Christsein abspricht. "Wir brauchen weder eine Theologie der Verteidigung, noch eine Theologie der Verweigerung, sondern eine gute Theologie" (Militärbischof Dr. Sigo Lehming).

4. Für die notwendige geistige AUSEINANDERSETZUNG gilt: "Frieden lernen durch richtiges Streiten" - und mit dem Ziel: Informationslücken, Vorurteile und Intoleranz sowie Ängste und Feindbilder abzubauen, zumindest zu minimieren. Dadurch "werden Geist und Gemüt frei für ein möglichst genaues Denken und für die zugehörige Entscheidung" (Adolf Sommerauer).

Es verabschiedet sich:

Günter Lehner, bisher Mitarbeiter der Evangelischen Hochschulgemeinde bei der Universität der Bundeswehr München in Neubiberg, seit Ende 1987 Schulungsreferent in der Bundeszentrale der evangelischen Pfadfinder

Adresse: Wichernweg 3
Postfach 103828
3500 Kassel 1
Tel.: 0561/71681

Vor viereinhalb Jahren begann ich nach Bundeswehrdienstzeit und Studium meine Tätigkeit als Mitarbeiter des Evangelischen Pfarrers bei der Universität der Bundeswehr München in Neubiberg. Eigentlich eine relativ lange Zeit; trotzdem erscheint sie mir auf der anderen Seite doch auch sehr kurz.

Wenn ich am 1. September 1987 als Schulungsreferent in die Bundeszentrale der evangelischen Pfadfinder wechselte, steht neben der Freude über die reizvolle Tätigkeit auch das Gefühl, daß ich noch viel in der Evangelischen Hochschulgemeinde machen wollte: Neue Gruppen bedürfen der Konsolidierung; wichtige Aktivitäten sind angepeilt, ihre Verwirklichung steht an; neue Gottesdienstformen sollten unsere Studenten und Mitarbeiter der Universität anregen, sich wieder auf Kirche einzulassen, die Hochschulgemeinde sollte aus den Einzelgruppierungen wieder zu einer Gemeinschaft zusammenwachsen ...

Vieles mehr wäre zu nennen, aber trotzdem ist der Zeitpunkt gekommen, an dem mein beruflicher Weg wichtiger ist als das Engagement für die Sache der Hochschulgemeinde.

Ich möchte mich ganz herzlich bedanken bei Dr. Karl Martin, dem ehemaligen, und bei Dr. Gerhart Herold, dem jetzigen Militärpfarrer bei der Universität der Bundeswehr, für die konstruktive und offene Zusammenarbeit. Danken möchte ich auch den Mitarbeitern der Friedensgruppe der Evangelischen Jugend und den Damen im Pfarramt. Ganz herzlicher Dank gilt den vielen Menschen in der Hoch-

schulgemeinde, mit denen ich im Laufe der Jahre viel Freude erleben durfte.

Für die Zukunft wünsche ich der Hochschulgemeinde alles Gute und eine gedeihliche Zusammenarbeit. Mögen die in beiden Einrichtungen Tätigen bedenken, daß es notwendig ist, sich gerade um jene Menschen zu kümmern, die nicht zur Kerngemeinde gehören. Daß dies eine sinn- und reizvolle Aufgabe darstellt, habe ich während meiner Zeit in Neubiberg erfahren dürfen.

* * * * *

dpa teilt mit:

Jürgen Freiherr von Kruedener, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, ist von Verteidigungsminister Manfred Wörner in das Amt des Präsidenten der Universität der Bundeswehr in Neubiberg bei München eingeführt worden.

Der DBV hat Prof. Dr. v. Kruedener in einem Schreiben zu seinem neuen Amt alle guten Wünsche ausgesprochen. Dem DBV ist es ein Anliegen, mit der Universität der Bundeswehr München in Neubiberg in Kontakt zu bleiben.

* * * * *

Wir suchen

einen Schreiber für einen Beitrag. Aus einem Artikel von Heinrich Böll — Steht uns bei, ihr Heiligen! Wider die trügerische heidnische Göttin Sicherheit, in: Widerstand und Staatsgewalt GTB 571, Seite 81-89 — entnehmen wir die Anregung, uns mit Heiligenbiographien zu befassen. Wer schreibt für die Verantwortung einen Beitrag über den Soldaten Mauritius und die Konsequenzen seines Christseins? ■

Schutzpatron Mauritius

Die thebäische Legion war eine Einheit im römischen Heer. Die Soldaten waren fast ausschließlich Christen, die aus dem oberägyptischen Thebais stammten. Mauritius hieß ihr Anführer, der während des Kriegszugs durch Gallien (280-300 n. Chr.) nahe bei Agaunum, dem heutigen St. Moritz, den Befehl erhielt, die als „Reichsfeinde“ bezeichneten Christen zu verfolgen. Als sich die Soldaten weigerten, ihre Glaubensbrüder zu töten, wurde die gesamte Legion, darunter auch Mauritius, hingerichtet.

Die Christen verehrten ihn später als Heiligen und Märtyrer, weil sie in ihm ein Vorbild an Mut und Tapferkeit sahen.

Termine**Termine****Termine****Termine**Termine des "konziliaren Prozesses"

13. -
16. April 1988 Ökum. Forum in
in Königstein im
Taunus
(Nähe Wiesbaden-Sonneneberg!)
Veranstalter: Arbeitsgemein-
schaft christl.
Kirchen in der
Bundesrepublik
Deutschland
Teilnehmer: 120 (40 kath., 40
evang., 40 sonstige
Konfession)

1. Termin

19. -
22. Oktober 1988 Ökum. Forum in
Stuttgart
Veranstalter u. Teilnehmer:
wie Friedensforum
April 1988
Vom Rat der EKD wurden als Teil-
nehmer entsandt u.a.:
Klaus von Schubert, Leiter der
Forschungsstätte der Evang. Stu-
diengemeinschaft (FEST) in Heidel-
berg
Winfried Sixt, Evang. Wehrbereichs-
dekan IV in Mainz

2. Termin

Pfingsten 1989 Europatreffen
"Frieden mit Ge-
rechtigkeit" in
Basel
Veranstalter: Rat der Kath.
Europäischen
Bischöfskonfe-
renzen gemeinsam
mit der Konferenz
Europäischer
Kirchen

3. Termin

1990 Weltversammlung
für Gerechtigkeit,
Frieden und Be-
wahrung der
Schöpfung
Veranstalter: Der Ökumenische
Rat der Kirchen
in Genf

4. Termin

Leider ist die Anfrage des Ökum.
Rates der Kirchen in Genf, ob die
Kath. Kirche nicht als Mitveran-
stalter aufzutreten bereit sei,
kurz vor Weihnachten aus Rom mit
einer Absage beantwortet worden.
Hansjörg N. Schultz, Korrespon-
dent des epd in Genf, schreibt
dazu kommentierend in Weg und
Wahrheit vom 10. Jan. 1988, S.2:

"Bei der Weltversammlung, die
jetzt Konvokation oder Einberufung
genannt wird, nimmt man an der
innaltlichen Vorbereitung sowie
der eigentlichen Veranstaltung
durch die Entsendung katholischer
Delegierter teil, überläßt dem
Weltkirchenrat aber die Verant-
wortung des Veranstalters allein.
Sollten die Vertreter der welt-
weiten Christenheit 1990 dann zum
Frieden etwa oder zur Dritte-Welt-
Problematik Beschlüsse fassen, mit
denen der Papst nicht einverstan-
den ist, so kann man sich in Rom
darauf berufen, für diese Versamm-
lung nicht verantwortlich ge-
zeichnet zu haben. Verläuft die
Veranstaltung im Sinne Johannes
Pauls II., so kann er stets darauf
verweisen, daß seine Kirche den ge-
samten konziliaren Vorbereitungs-
prozeß ja mitgestaltet habe."

* * * * *

Termine des Dietrich-Bonhoeffer-Verein

Samstag, den 30. Januar 1988
nach dem Herbstseminar '87 vereinbartes Folge-
treffen. Näheres dazu in Verantwortung No. 5.

Samstag, den 27. Februar 1988
Vorstandssitzung in Wiesbaden-Sonnenberg
mit der Vorbereitung des Jahrestreffens '88

Freitag, den 17. Juni 1988, und
Samstag, den 18. Juni 1988
Jahrestreffen '88 des Dietrich-Bonhoeffer-
Verein in Wiesbaden-Sonnenberg,
Evang. Gemeindegotteshaus, Kreuzberg 9,
Tel.: 06 121 / 541400

Programme für das Jahrestreffen (Tagungs-
ablauf und organisatorische Hinweise)
können beim Schriftführer angefordert
werden.

Adresse des Schriftführers:
Ulwe Kranz, Hauptstr. 386,
6803 Edingen-Neiharthausen
Tel.: 06203 / 2586

Anmeldungen zum Jahrestreffen werden ab sofort
entgegengenommen.

Zu einem noch festzulegenden Termin
plant der DBV zusammen mit der Evang.
Akademie Arnoldshain eine Tagung zum
Thema Militärselbsorge

Lektüre
zur Vorbereitung
auf das
Jahrestreffen '88
des
Dietrich-
Bonhoeffer-
Verein (DBV)

Versöhnung und Frieden mit den Völkern der Sowjetunion

Herausforderungen zur Umkehr

Eine Thesenreihe

Herausgegeben von den
Arbeitsgemeinschaften Solidarische Kirche Westfalen
und Lippe in Verbindung mit
dem Arbeitskreis Evangelische Erneuerung in Bayern,
der Evangelischen Akademikerschaft in Deutschland,
dem Fortsetzungsausschuß des Plädoyers für eine
ökumenische Zukunft,
der Gruppe Offene Kirche in Niedersachsen,
der Kirchlichen Bruderschaft in Württemberg und
der Solidarischen Kirche Rheinland

ISBN 3-579-01994-5

© Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1987

Um welche
Sicherheit
geht es uns?

Jahrestreffen '88
des DBV

am 17./18. Juni
in Wiesbaden-
Sommerberg

Programme und
Anmeldungen ab
sofort beim
Schriftführer des DBV:
Uwe Krausz, Hauptstr. 386
6803 Edingen-Neckar-
hausen, Tel.: 06203/
25 86

Kirchentag f m 1987
Themenbereich 4 / Arbeitsgruppe 4

Die tödliche Utopie der Sicherheit -
(K)ein Denkmodell für Christen?

Einführung mit Musik und Texten
Hanns-Dietrich Hüsch, Mainz

Die Arbeit an der Gerechtigkeit wird Friede
und Sicherheit auf Dauer sein (Jesaja 32,17)
Sicherheit - Unverwundbarkeit - Frieden
Theologisches Referat
Professor Dr. Jürgen Ebach, Bochum

Ist gemeinsame Sicherheit politisch umsetzbar?
Ein Disput zwischen
Volker Rühle MdB, Bonn
Ministerpräsident Oskar Lafontaine, Saarbrücken

Der Preis der Sicherheit
Kritische Fragen an den Norden
Pfarrerin Bärbel von Wartenberg-Potter,
Kingston/Jamaica

Anwälte des Publikums:
Anton Andreas Guha, Frankfurt
Pfarrerin Cordelia Kopsch, Bad Homburg
Moderation: Dr. Eva Senghaas-Knobloch, Bremen

Veranstaltungsleitung:
Pfarrer Dr. Karl Heinz Dejung, Mainz
Dr. Dietrich von Rotenhan, Frankfurt

Klaus von Schubert
"Mutual Responsibility"
Eine Strategie
für West und Ost
Heidelberg, Februar 1987

Die
Gesprächs-
leitung auf dem
Jahrestreffen hat
Carl-A. Fechner, Hauptmannstr. R., bekannt geworden
durch die Auseinandersetzungen um das Jümmendinger Trappengelöbais

Schneilweg 5
D-6900 Heidelberg 1
Tel.: (06221) 14061

Das Jahrestreffen ist
öffentlich. Jeder Inter-
essierte ist eingeladen.

Auf Anforderung schicken
Ihnen der Schriftführer des
DBV die Texte zur Vorberei-
tung auf das Jahrestreffen
zum Selbstkostenpreis zu.

Die Arbeit an der Gerechtigkeit wird Friede und Sicherheit auf Dauer sein (Jesaja 32,17)

Sicherheit — Unverwundbarkeit — Frieden

Vortrag auf dem Kirchentag 1987 in Frankfurt (Main) *)

Jürgen Ebach

*)Theologisches Referat in der Veranstaltung „Die tödliche Utopie der Sicherheit — (K)ein Denkmodell für Christen?“, Themenbereich 4: Gerechtigkeit und Frieden — Schritte zum Konzil, 19. Juni 1987

Junge Kirche

Eine Zeitschrift
europäischer Christen

48. Jahrgang, Heft 7/8 1987